Vorwärts zum Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition! Seite 6/7

C 21246 D /

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 15. September 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig



Nach einer halbjährigen, breiten Diskussion in der Partei und im ganzen chinesischen Volk fand vom 24. bis zum 28. August der 10. Parteitag der KP Chinas statt. Dieser Parteitag hat in einer Änderung und Vertiefung des Statuts der Partei die Erfahrungen der Kulturrevolution niedergelegt, die Analyse der heutigen Weltlage weitergeführt und so Richtlinien gegeben zum weiteren Aufbau und zur Festigung des Sozialismus in der VR China. Weiterhin wurde die Verräterrolle von Lin Piao, diesem Agenten des Sozialimperialismus, entlarvt und sein Ausschluß aus der Partei bestätigt. Genosse Mao Tsetung wurde erneut zum 1. Vorsitzenden der Partei gewählt, als seine Stellvertreter bestimmte der Parteitag die Genossen Tschou En-Lai, Wang Hung-wen, Kang-Scheng, Jeh Schien-jing und Li Teh-tscheng. Der Abschluss des 10. Parteitages, dieses neuen Sieges über den Modernen Revisionismus und seine Agenten, wurde nicht nur vom chinesischen Volk, sondern in der ganzen Welt mit grossem Jubel begrüsst. Er zeigt, dass der Klassenfeind endgültig zum Untergang verurteilt ist, wenn ihm ein Volk entschlossen gegenübertritt und wenn an seiner Spitze eine Kommunistische Partei steht, die sich eng mit den breiten Volksmassen verbindet und sich fest auf den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen stützt.

Der ROTE MORGEN wird in den nächsten Nummern Dokumente des 10. Parteitages veröffentlichen. Nachstehend drucken wir die Grussadresse des ZK der KPD/ML an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und ihren 1.Vorsitzenden, Genossen Mao Tsetung, ab.

Grussadresse

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

I.A. Ernst Aust
1. Vorsitzender

An die
Kommunistische Partei Chinas
An den Ersten Vorsitzenden
Genossen Mao Tsetung

Hamburg,
September 1973

Genossen!

Zum erfolgreichen Abschluss des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas übersenden wir dem Zentralkomitee, dem Vorsitzenden der Partei und der gesamten Partei die herzlichsten Glückwünsche.

Der 10. Parteitag ist ein Schlag gegen den Revisionismus und den Sozialimperialismus. Er ist Ausdruck des Sieges der richtigen Linie über alle Abweichungen. Ausdruck des Sieges des proletarischen Lagers über die beiden bürgerlichen Hauptquartiere mit Liu Schao-tschi und Lin Piao als Anführer. Dieser Parteitag hat bewiesen, dass man die Bourgeoisie und ihre Zersetzungsversuche besiegen kann, wenn man sich fest mit den Massen zusammenschliesst und sich auf den Marxismus-den Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen stützt, wenn man den Revisionismus und alle seine Agenten unermüdlich bekämpft, wenn man niemals in der Wachsamkeit nachlässt im Kampf gegen den Klassenfeind.

Die ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze hat uns im Lauf der Geschichte immer wieder gezeigt, dass man nicht ermüden darf im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Revisionismus, wenn man die sozialistische Revolution durchführen und die Diktatur des Proletariats errichten und festigen will. Sie hat uns mit lebendigem Beispiel bewiesen, dass es dazu notwendig ist, sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus zu stützen und sich eng mit den breiten Volksmassen zu verbinden. Der Kampf der Kommunistischen Partei Chinas war für uns immer ein leuchtendes Vorbild für den Kampf in unserem Land. Auch der 10. Parteitag, der die korrekte Linie des 9. Parteitages bestätigt und vertieft hat, bedeutet für uns eine Quelle der besseren Erkenntnis und des Kampfesmutes.

Fortsetzung auf Seite 5

Gegen Entlassungsterror

Solidarität !

Nach den schweren Streiks der letzten Wochen, deren Bourgeoisie und IGM-Führung nur durch teilweise Erfüllung der Streikforderungen, vor allem aber durch rücksichtslosen Polizeieinsatz Herr werden konnten, gehen sie mit massiven Entlassungen gegen die aktiven Streikteilnehmer vor. Sie haben erkannt, daß der Streik zuende ist, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben aber nicht resigniert. Der immer noch starken Kampfstimmung treten sie mit Terror entgegen, um 'Ruhe' zu schaffen und sich für die kommenden schweren Kämpfe zu rüsten.

Die Entlassungswelle richtet sich vor allem gegen die Mitglieder der von den Arbeitern eingesetzten Streikleitungen und die anderen aktiven Kollegen. Im Verlauf des Streiks hatten sich in den Betrieben im Kampf Führungskader der Arbeiterklasse herausgebildet, die an der Organisierung der einzelnen Aktionen teilnahmen und zum Motor des Streiks wurden. Diese Kader wollen Bourgeoisie und IGM-Führung zerschlagen, damit ein führender Kern fehlt. Zugleich spekulieren sie darauf, dass sie die verbleibenden Kollegen einschüchtern und so künftige Streikkämpfe abwenden.

Bei der Treibjagd auf die Mitglieder der Streikleitungen und die aktiven Kollegen leisteten viele Betriebsräte, IGM-Vertrauensleute und D'K'P-Funktionäre insbesondere bei Ford, direkte Hilfe. Sie nannten der Werksleitung die Namen der aktivsten Kollegen und beantragten sogar die Entlassung von Kollegen, die gar nicht auf der Abschussliste der Werksleitung standen. **Besonders schändlich war das Verhalten einiger Betriebsräte bei Opel/Bochum, wo ein spanischer Kollege ins Betriebsratsbüro bestellt, dort von der Polizei verhaftet und sofort nach Spanien abgeschoben wurde. Ihn und einen zweiten, später abgeschobenen spanischen Kollegen erwarten im faschistischen Franco-Spanien schwere Strafen. Diese Betriebsräte haben sich des schweren Arbeiterverrats schuldig gemacht.**



Um die Massenentlassungen, insbesondere bei Ford, zu tarnen, wendet die Bourgeoisie im Einverständnis mit der IGM-Führung und vielen Betriebsräten übelste Erpressung an. So werden Arbeiter, die die Betriebsleitung entlassen möchte, ins Personalbüro bestellt, wo ihnen vorgeschlagen wird, von sich aus zu kündigen, wenn sie nicht fristlos entlassen werden wollen, was dann auch in ihren Papieren vermerkt würde. Unter diesem Druck bleibt vielen, vor allem ausländischen Kollegen, denen bei fristloser Entlassung die Abschiebung droht, nichts anderes übrig als zu kündigen.

An Entlassungen im Zusammenhang mit den Streiks sind bisher bekannt geworden:

Opel/Bochum: vier Kollegen, davon zwei Spanier, die sofort ausgewiesen wurden, ein Deutscher, dem 'Rädelsführerschaft' vorgeworfen wird, und ein zweiter Deutscher, der sich als IGM-Vertrauensmann am Streik beteiligt hatte;

Küppersbusch: ein Kollege, weil er Lehrlinge zum Mitstreiken aufgefordert hatte;

Philips/Aachen: sieben Kollegen, davon sechs aus der Streikleitung;

Hella/Lippstadt: mehreren Kolleginnen und Kollegen wurde die Entlassung angedroht;

Pierburg/Neuss: 31 Kolleginnen und Kollegen, gegen die Hausverbot besteht, die Entlassung aber formell noch nicht ausgesprochen wurde;

Ford/Köln: über 200, davon 130 fristlose Entlassungen, der Rest sogenannte 'freiwillige'.

Aber der Kampf geht weiter. Dabei ist es vordringlich, Solidarität mit den Entlassenen zu üben und ihre sofortige Wiedereinstellung zu fordern. Die Entlassungen richten sich gegen alle Arbeiter, sie müssen zurückgeschmettert werden. Die Entlassenen müssen schnellstens finanzielle Hilfe erhalten, weil ihre Arbeitslosengelder aufgrund des Arbeitslosengesetzes für vier bis sechs Wochen gesperrt sind und viele Kollegen in Not geraten. Viele können die Kosten für die anstehenden Prozesse nicht allein aufbringen. Sie brauchen unser aller Hilfe.
Spenden bitten wir an folgende Konten zu überweisen:

Für Opel/Bochum: Westfalenbank Bochum, Konto Nr. 90 69 64, Kennwort: Opelsolidarität;

Für die anderen Betriebe: Sparkasse Essen-Rüttenscheid, Wagner, Dorotheenstr., Konto Nr. 58 92 666 (Bestimmungsbetrieb angeben).

KOMMENTAR

Stabilitat und Streik

Die Streiks der letzten Wochen gaben der westdeutschen Bourgeoisie eine Kostprobe der Kampfentschlossenheit der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten schoben alle Schuld schleunigst "radikalen Einflüssen von außen" zu und mobilisierten die Polizei. Das gleiche tat die Führung der IG-Metall. Durch die Streiks hatte sie viel Autorität in der Arbeiterklasse eingebüßt. Ihre Betrugsmanöver waren durchschaut, die Arbeiterklasse nahm ihre Belange selbst in die Hand. Die IGM-Führung war ein "angeschlagener Dinosaurier", (Handelsblatt), dem auch noch der Kanzler zur Hilfe eilen mußte. Aber sie rief nicht nur die Polizei. Viele IGM-Vertrauensleute und Betriebsräte beteiligten sich am Einsatz der Polizei gegen die Streikenden (siehe Streikberichte auf Seite 3). Es galt, die Stabilität zu retten, womit die Stabilität der Profite der westdeutschen Kapitalisten gemeint ist.

Neben der Bereinigung der kritischen Lage infolge der Streiks betrieben Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung fieberhaft ihre Vorbereitungen für die zu erwartenden verschärften Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse in nächster Zukunft.

Am wichtigsten war, von Kapital und Staat aus gesehen, **die Aufpolierung der IGM-Führung zu einem 'wahren' Partner und die massive Propagierung der 'Tarifautonomie'**; was bedeutet, dass nur Kapitalisten und Gewerkschaftsführung über die Löhne der Arbeiter bestimmen, nicht die Arbeiter selbst. Der Kanzler wies in seiner Rede beschwörend auf diese 'Tarifautonomie' hin und verlangte die Einhaltung der 'Spielregeln', die uns die Bourgeoisie, ihr imperialistischer Staat und die DGB-Führung aufzwingen möchten. **Diese Spielregeln sollen das Funktionieren des wichtigen Ordnungsfaktors Gewerkschaftsführung garantieren. "Wer nicht mitspielt, dem wird auf die Finger geklopft", sagte Willy Brandt. Diese Spielregeln bedeuten nichts anderes, als dass das Streikrecht in der Bundesrepublik aufgehoben ist und die Arbeiterklasse nur dann streiken darf, wenn ihr das Kapital und die von ihm abhängige Gewerkschaftsführung erlauben.**

Damit die 'Tarifautonomie' auch glaubhaft wird, trafen sich die beiden Tarifkomplizen Gesamtmetall und IG-Metall-Führung noch während der Streiks und danach zu 'harten' Gesprächen über ein Vorziehen der Tarifrunde, gingen aber schon bald wegen 'schwerwiegender Differenzen' auseinander, um so 'Konsequenz' bei der IGM-Führung vorzutäuschen.

Diese tariflichen Scheingefechte genügten aber nicht, die Streikgefahr zu bannen. Es folgten weitere Betrugsmanöver gerade der Gewerkschaftsführung, die den Kampf an die Preisfront umdirigieren möchte. **Sie begann, den Boykott teurer Waren zu propagieren und zu organisieren und lobte das 'kritische Verhalten' der Verbraucher. Sie möchte uns einreden, dass man dadurch eine Besserung der Lage erreichen könnte, aber eine beständige Preissenkung ist mit diesen Mitteln noch nie erreicht worden.** Ein Teil der SPD- und der DGB-Führung sprach auch wieder vom Preisstopp für die wichtigsten Waren, was aber auch die 'Ware' Arbeitskraft betrifft und Lohnstopp bedeutet. Der Preisstopp kann bei den vielen Tausend von Preisen gar nicht durchgeführt werden und widerspricht dem Grundgesetz der kapitalistischen Marktwirtschaft mit ihrem System von Angebot und Nachfrage. **Die Löhne aber kann man sehr wohl stoppen. Die sollen 'stabil' bleiben, was bei gesteigerter Produktivität und galoppierender 'Rationalisierung' die Profite umso sicherer steigen lässt.** Diese 'radikale' Forderung wurde sofort abgemildert, statt Preisstopp hiess es Preiskontrolle. Was immer sie propagierten, **sie erstrebten damit unsere Abkehr vom Kampf Klasse gegen Klasse im Streik und unsere Hinwendung auf ungefährliche, illusionäre Fronten.**

Schliesslich begannen Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung eine wüste Hetze gegen sogenannte 'wilde Streiks', die sie für "rechtswidrig und daher verboten" erklärten, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Zugleich aber schaffen sie sich mit solchen Behauptungen eine Handhabe, um in Zukunft gegen Streiks noch brutaler mit Polizei und anderen Machtmitteln vorgehen zu können. **Dieses Gerede von der "Ungesetzlichkeit wilder Streiks" läuft letzten Endes auf die Kriminalisierung der gesamten Arbeiterklasse hinaus, sollte sie sich je gegen Ausplünderung, Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzen.**

In den kampfstarken Betrieben führten die Streiks zu massiven Zusammenstössen mit der Staatsmacht. Dabei gelang es Polizei und Spitzeln im Verein mit faschistischen Schlägertrupps und Verrätern aus der Arbeiterklasse (Vorarbeitern, Meistern, Betriebsräten, IGM-Führern etc.) die Streiks zu zerschlagen, indem sie durch Greifertrupps die Streikleitungen festnahmen und die Streiks ihrer Führung beraubten. (Über die schändliche Rolle der D'K'P-Führer werden wir in gesonderten Artikeln berichten).

In den kommenden, sich verschärfenden Streikkämpfen werden sich auch die Zusammenstösse mit der Staatsmacht verschärfen. Dabei wird sich bewahrheiten, was die KPD/ML zum Streikkampf sagt: Es genügt nicht, den Kampf gegen die einzelnen Kapitalisten zu führen, er muss gegen die gesamte Kapitalistenklasse und ihren imperialistischen Staat mit seinen Organen geführt werden.

"Ja, ja, wie damals!" – "die Besonders Streikführer!" – "Ihr mit Knüppel + Pistole – unser Willy dann im Fernsehn!"

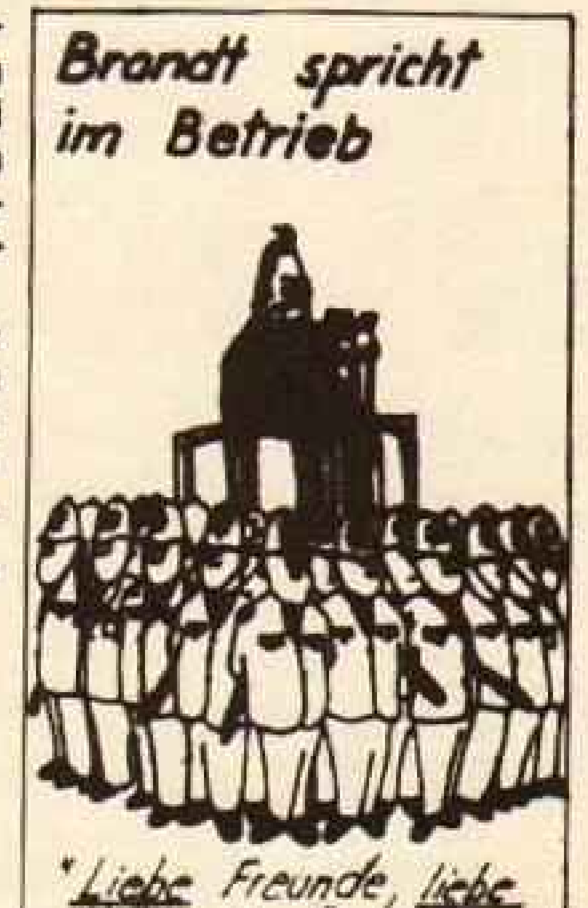
"Mit den streikenden Verbrechern so aufräumen wie damals 1933 meine Herren? Ich hab da Erfahrung!"

'Bild'-Hetze gegen ausländische Arbeiter

Am Tag nach der gewaltsamen Beendigung des Streiks bei Ford durch Polizeieinheiten, lautete die halbseitige 'Bild'-Schlagzeile: "Deutsche Arbeiter kämpften ihr Werk frei!" Von Anbeginn der 'wilden' Streiks, besonders nachdem der Streik bei Ford losging, wurde in allen bürgerlichen Zeitungen eine unverschämte Hetze gegen die ausländischen Kollegen entfaltet. Der Eindruck sollte erweckt werden, daß deutsche und ausländische Arbeiter sich in den Betrieben gegenüberstünden und miteinander kämpfen würden um die Wiederaufnahme der Produktion.

Allen voran 'Bild': "Ford ist jetzt in türkischer Hand", "2000 türkische Gastarbeiter schlugen mit Knüppeln, Messern und Zahnrädern auf ihre deutschen Kollegen los", "Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabriken frei"; "Jetzt müssen die scharfen Paragraphen des Ausländergesetzes angewendet werden." – Mit ihrer Hetze haben sie sich alle Mühe gegeben, die ausländischen und deutschen Kollegen zu spalten.

Wie ist tatsächlich das Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Kollegen gewesen?



Tatsächlich ist die Aktivität beim Streik unterschiedlich gewesen. Die ausländischen Kollegen, überwiegend türkische Arbeiter, haben von Anfang an den Streik aktiv geführt, haben unter der Streikleitung aus ausländischen und deutschen Kollegen grosse Demonstrationen auf dem Werksgelände durchgeführt, Streikposten aufgestellt und die Tore besetzt.

Und die deutschen Arbeiter? Sie haben ebenfalls von Anfang an mitgestreikt – bis zum Schluss! Aber sie sind – von wenigen abgesehen – bei weitem nicht so aktiv gewesen. Viele von ihnen sind zu Hause geblieben, wenn es im Fernsehen hiess, dass weiter gestreikt würde. Andere haben sich vor den Toren aufgehalten und dort gewartet, was passieren wird. Andere waren im Werk und haben in ihren Hallen zusammengesessen, aber ebenfalls nicht gearbeitet. Aber einige haben auch aktiv den Streik unterstützt.

Die Kampfentschlossenheit während des Streiks war also schon verschieden. Aber das liegt nicht etwa an Sprachschwierigkeiten der ausländischen Kollegen – die IGM-Abwiegler hatten ja schliesslich ihre Dolmetscher und sogar Vertreter des türkischen Konsulats angekarrt – und es lag auch nicht womöglich am Temperament, sondern das hat ganz materielle Gründe: Gerade im Hauptwerk sind es vor allem Ausländer, die am Band stehen, die die härteste und schwerste Arbeit zu leisten haben. Ein Beispiel aus dem Getriebewerk: Da stehen 200 ausländische Kollegen,, aber nur 2 deutsche Arbeiter am Band. Und die beiden deutschen machen zudem vor allem Zuliefererarbeit.

Während die ausländischen Arbeiter so am Band stehen, sind die deutschen Kollegen vor allem Kontrolleure, Betriebsprüfer, im Versand, Facharbeiter. **Jede Rationalisierung trifft somit die ausländischen Kollegen am härtesten. Als mehrere hundert Kollegen entlassen werden sollten, waren sie es, die an den Bändern für zwei arbeiten sollten. Hinzu kommen noch die Verhältnisse, unter denen die ausländischen Kollegen vielfach leben müssen: Unverschämte Mieten, für die letzten Löcher oft hunderte Mark, aufgrund der Ausländergesetzgebung getrennt von ihren Familien – das ist es, was bei den ausländischen Kollegen den Hass gegen die Kapitalisten von Ford, gegen die Ausbeutung der westdeutschen Imperialisten besonders stark macht.** Da ist es klar, dass sie auch kämpferischer sind.

Während die deutschen und ausländischen Kollegen aber von vornherein gemeinsam gestreikt haben, versuchte die Bourgeoisie mit ihren Schmierblättern, ihren Betriebsratsagenten, ihren Provokateuren usw. genau diesen Unterschied in der Kampfentschlossenheit so darzustellen, als stünden sich nicht Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, sondern deutsche und ausländische Arbeiter gegenüber.

So haben am Tor 3 ständig Meister und Obermeister gestanden und die tollsten Greuelgeschichten erzählt: Wieder sei ein deutscher Kollege "von einem Türken" mit einem Kupferrohr fast abgeschlachtet worden... usw.

Wie aber war das tatsächlich? Ein Beispiel: Am Dienstag hatte Polizei ein Tor besetzt und hielt es versperrt. Bei Schichtwechsel haben Kollegen daraufhin ein Gitter daneben ausgehängt. Dabei gab es Diskussionen. Ein Werkschutzmann ging gegen einen streikenden deutschen Arbeiter, der sich beteiligte, vor. Der rannte weg, der Werkschutzmann aber hinterher. Er stürzte sich auf den Kollegen und schlug auf ihn ein. Beide wälzten sich am Boden. Sofort kamen 50-60 türkische Arbeiter, um den deutschen Kollegen gegen den Werkschutz zu schützen. Beide wurden getrennt. Der Werkschutzmann hatte ein zerschundenes Gesicht – und das nur zu recht! Die ausländischen Kollegen halfen ihm sogar noch auf und liessen ihn in Richtung Büro gehen.

Das war die Solidarität von deutschen und ausländischen Kollegen gegen den gemeinsamen Feind! In der Presse aber wurde der Werkschutzmann prompt zum deutschen Arbeiter gemacht, der von Ausländern fast totgeschlagen worden sei. So wird da gearbeitet.

Und die angebliche 'Schlacht ums Werk'? 2 000 türkische Arbeiter gegen 150 deutsche Kollegen? Feine 'Kollegen'! Voran 30 Schläger, an der Spitze Polizeiagenten und in Judo ausgebildete Betriebsräte, ein

Fortsetzung auf Seite 3

Roter Antikriegstag in Hamburg

Am 1.September fand in Hamburg im 'Alten Sängerheim' eine Veranstaltung der KPD/ML zum Roten Antikriegstag mit über 100 Teilnehmern statt. Zu Beginn traten Agitpropgruppen mit revolutionären Liedern und Sketchen auf, am Ende wurde der Parteifilm 'Rote Raketen' aufgeführt. Den Hauptteil der Veranstaltung bildete die Rede des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust.

Diese Rede des Genossen Ernst Aust ist ein Dokument der korrekten, marxistisch-leninistischen Linie der KPD/ML in der Frage von Krieg und Frieden. Der Genosse Vorsitzende zeigte auf, wie sich die Kriege aus der Klassengesellschaft entwickeln und auf welche Weise die Unterdrückung der grossen Mehrheit durch eine Minderheit der Gesellschaft zu Kriegen führt. **Dann erklärte er den Unterschied zwischen den gerechten Kriegen zum Schutz der Heimat vor fremden Eroberern und zur Befreiung von Völkern und Klassen von ihren Unterdrückern, und den ungerechten Kriegen zur Unterjochung fremder Völker, Eroberung fremder Länder und Unterdrückung einer Klasse durch eine andere.** Dieses Prinzip erläuterte er an den vielen Kriegen seit Bestehen von Klassengesellschaften, bis hinein in unsere Tage, und stellte klar und deutlich heraus, **dass wir Kommunisten gegen alle ungerechten Kriege sind, dass wir aber die gerechten Kriege aktiv unterstützen.**

Anhand der gegenwärtigen Lage zeigte Genosse Ernst Aust auf, wie die imperialistischen Mächte in der Welt zur Eroberung und Unterdrückung immer neue ungerechte Kriege entfesseln und wie sich die Völker der Welt und die unterdrückten Klassen dagegen in gerechten Kriegen zur Wehr setzen, wie in Vietnam, Kambodscha, Palästina u.s.f. Er nannte das Komplott der Supermächte USA und Sowjetunion den gefährlichsten Feind der Völker und bewies, **dass infolge der aggressiven sozialimperialistischen Politik der Sowjetunion gegenüber der Volksrepublik China und den imperialistischen Umtrieben der USA im Nahen Osten die Gefahr eines dritten Weltkrieges weiterhin akut bleibt.** Er erläuterte, auf welche Weise die Expansion des westdeutschen Imperialismus diese Kriegsgefahr noch verstärkt und wies uns den Weg, schon jetzt den unterdrückten Völkern und Klassen gegen alle Imperialisten durch Klassenkampf im eigenen Land zu helfen.

Genosse Ernst Aust sagte am Schluss seiner Rede, dass der Krieg nur durch den Sieg der unterdrückten Völker und Klassen und die Vernichtung ihrer Unterdrücker aus der Welt geschafft werden kann.

WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS DAS GEWEHR IN DIE HAND NEHMEN!

Aus presserechtlichen und juristischen Gründen ist ab Nr. 36/73 Dieter Stoll, Duisburg, verantwortlicher Redakteur des Roten Morgen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14 Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.
Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert)Tel.: 0 21 41 / 22 82 59
Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Streik bei Ford

DAS HÄTTEN ALLE ARBEITER SEHEN SOLLEN!



Kein Betrieb während des Streiks, wo die Gewerkschaftsbonzen nicht die Kollegen verraten haben. Ob bei Opel, Valvo, Pierburg oder Rheinstahl – überall versuchten sie abzuwiegeln. Und wenn das nichts half, gingen sie zur offenen Zusammenarbeit mit Geschäftsleitung und Polizei über, um den Streik niederzuschlagen.

Ein Genosse von Ford/Köln berichtet, wie dort die IGM-Führer mit übelsten Methoden gegen den Streik gearbeitet haben, wie sie vor allem die wichtige Errungenschaft dieses Streiks – die von den Kollegen selbstgewählte Streikleitung – zu zerschlagen suchten, um die Kollegen wieder unter ihren verräterischen Einfluß zu bekommen.

Korrespondenz. Als ich am Dienstag morgen (28.8.) zum Betrieb kam, sah ich, dass die meisten ausländischen Kollegen ins Werk gingen, um aktiv am Streik teilzunehmen. Die meisten deutschen Kollegen aber blieben vor den Toren. Sie begrüssten zwar auch den Streik, waren aber nicht so kampfbereit wie die ausländischen Kollegen (siehe auch S.2 – Red.).

Ich traf sofort auf 2 deutsche Kollegen, die am Montag bereits aktiv mitgestreikt hatten. Wir beschlossen, erst einmal draussen zu bleiben, und unsere deutschen Kollegen über den Streikverlauf drinnen zu unterrichten und mit ihnen die Ziele des Streiks zu diskutieren. Denn es wär eine üble Hetze im Gange gegen den Streik. Und wer nicht selbst dabei war, konnte nicht immer wissen, was ist Lüge, was hat sich wirklich abgespielt. Presse, Fernsehen, Rundfunk, die Geschäftsleitung, Spitzel und Provokateure vorm Betrieb, das türkische Konsulat, Kanzler Brandt, der IGM-Apparat und D'K'P – alle stiessen in das gleiche Horn. Zwar gaben sie verschiedene Töne von sich, der eine sprach von 'Sachbeschädigung', der andere von 'Chaoten', der dritte von 'gefährlichen Ausländern', der nächste von der 'Gefährdung der Stabilitätspolitik' usw., aber sie alle waren gegen den Streik. Während wir mit den Kollegen diskutierten, kam ein Lautsprecherwagen vorgefahren. Aus dem Wagen tönten Wientge, 2. Bevollmächtigter im IGM-Bezirk Köln, und der Betriebsrat und VLK-Vorsitzende Kuckelhorn. "Hört nicht auf die Chaoten, hört auf die Vertrauensleute der IGM!", hiess es immer wieder. Die Vertrauensleute aber kamen nicht zu Wort. Dafür erzählten uns die beiden Bonzen etwas von Verhandlungen, die sicher bis Mittwoch ein Ergebnis bringen würden und von 'Chaoten', die im Betrieb ihr "politisches Süppchen kochen" wollten. Von den Forderungen der Streikenden kein Wort – nur vom 13. Gehalt mit sofortiger 30%-iger Auszahlung. Dann noch Phrasen über 'Zurücknahme von Entlassungen', 'Lohn- und Gehaltsforderungen' und 'besseren Arbeitsbedingungen' – aber was und wie nun genau – darüber kein Wort.

Bei einer Versammlung der IGM-Funktionäre am Busbahnhof wieder das gleiche: Es sprachen nur die höheren Funktionäre und ihre Dolmetscher. Daraufhin gab es Zwischenrufe: "Was ist mit der Mark?" "Seid ihr für den Streik oder dagegen?" Den Bonzen und einem D'K'P-Vertrauensmann fielen darauf nur Drohungen ein.



Die streikenden Arbeiterinnen fordern auf ihrem Plakat in türkischer Sprache: „1 DM mehr pro Stunde und weg mit der 2. Lohngruppe"

Völlig überraschend rief Wientgen dann dazu auf, ins Werk zu ziehen, vor das Personalbüro. Sollten diese Herren sich tatsächlich gegen die Geschäftsleitung stellen wollen?

Das ganze war ein Trick. Neben dem Personalbüro liegen nämlich auch gleich die Räume des Betriebsrats – und dort sollten die Kollegen hingelockt werden.

Aus den Fenstern der Betriebsratsräume hingen grosse Lautsprecher und hinter den Fenstern war die ganze Clique versammelt. Und immer wieder aus den Lautsprechern: "Hört nicht auf die Chaoten, hört auf die V-Leute der IGM!"

Die Streikleitung kam mit ihrem Megaphon gegen dieses Getöse nicht an und verliess den Platz.

Nun wurden die Gewerkschaftsbonzen mutig: Betriebsräte stellten ein Mikrophon mitten auf den Platz. **Von dort drohten sie mit der 'Gefährdung der Arbeitsplätze' und "Hört nicht auf die Chaoten, die geben euch keine Arbeit!" Das war zuviel! Ein Kollege neben mir rief "IG-Metall – Arbeitgeber?" Pfiffe und Buhrufe unterstützten ihn.**

Kurz darauf kam der Zug der Streikenden mit der Streikleitung an der Spitze zurück. Den türkischen Streikführer hatten sie auf ihre Schulter gehoben. Auf dem Platz wurden sie von den meisten mit Beifall begrüsst.

Geduldig liess die Streikführung den Dolmetscher des Betriebsrates ausreden. Dann aber verlangte der türkische Streikleiter zu sprechen. Da zogen die Bonzen hastig das Mikrofon von ihren Fensterplätzen aus hoch. Alle waren sich einig – auch die wenigen Kollegen, die vorher noch Illusionen über den IGM-Apparat hatten: "Sie haben Angst!" "Jetzt haben sie einen schweren Fehler gemacht!" "Jetzt haben sie sich aber verraten!"

Noch einmal versuchten die Herren der IGM das Wort zu ergreifen, aber ihre riesigen Lautsprecher erstickten im Pfeifkonzert. Überhaupt nichts mehr war von den Lautsprechern zu hören!
So ging es von da ab immer, wenn sie wieder mit ihren Lügen anfingen. An diesem Dienstag morgen hatten sie noch versucht, ihr Gesicht zu wahren, sich als Vertreter der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Als wir aber darauf nicht reingefallen waren, gingen sie offen gegen uns vor.

Sie zeigten uns, wer unser Feind und wer Freund ist! **Das hätten alle Arbeiter in Deutschland sehen sollen, was wir da erlebt haben!**

Wie Betriebsräte wie die Faschisten gegen türkische Arbeiter Rassenhetze machten!

Wie manche Betriebsräte, besonders Willi Steffens, die Meister und Obermeister herbeiholten, um ihnen die 'gefährlichen Elemente' zu zeigen;

Wie Betriebsrat und Geschäftsleitung gemeinsam den Polizeieinsatz gegen uns leiteten!!!

Wie Betriebsratsvorsitzender Ernst Lück (ehemals Mitglied im Ford-Judo-Club) mit anderen Betriebsräten, die auch aus dem Judo-Club hervorgingen, die Schlägertruppe gegen die streikenden Kollegen anführte! 20 Meter hinter ihnen gleich der Krankenwagen.

Wie diese Bonzen der Geschäftsleitung die Entlassung von Kollegen vorschlugen, besonders älteren, die die Geschäftsleitung selbst noch nicht auf der Abschussliste hatte.

Da haben sie ihr wahres Gesicht gezeigt, ihr Gesicht als Arbeiterfeinde! Wer sie so gesehen hat, wer unseren Kampf mitgemacht hat, der begreift, warum gegen dieses Pack eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition nötig ist, warum unbedingt eine eigene Streikleitung geschaffen werden muss.

Auf eines könnt ihr euch jedenfalls verlassen, ihr Bonzen, wir Fordarbeiter und viele Kollegen in anderen Betrieben trauen euch jetzt nicht mehr. Wir werden den Weg, auf dem wir bei Ford ein Stück vorwärtsgegangen sind, weitergehen – nicht aber euren Weg.

Noch vor kurzem brachte die D'K'P häufig den Wahlspruch: "Mit den Arbeitern – für die Arbeiter." Wo war sie während des Fordstreiks? Die BR-Mitglieder von der D'K'P waren nicht mit den Arbeitern. Sie waren mit den Gewerkschaftsführern bei der Geschäftsleitung.

Unser Streik ist vorerst beendet. Über 200 Entlassungen sind vorgenommen worden. Aber die Stimmung im Betrieb ist noch lange nicht niedergeschlagen. Wir werden gegen die Entlassungen und gegen den Polizeiterror weiterhin kämpfen.

In der Halle Y werden während der Arbeit bereits wieder Parolen gerufen wie während des Streiks, so dass die Meister jedesmal zusammenzucken.
Wir haben aus diesem Streik gelernt, wir werden es nächstes Mal besser machen.



Streik bei Zeiss-Ikon

Wie in allen Betrieben, wurden auch bei uns im Zeiss-Ikon-Werk in Kiel die Forderungen nach einer Teuerungszulage von 280 DM immer stärker. Als die Stimmung mehr und mehr einem Streik entgegenging, hörten wir plötzlich vom Betriebsrat, dass der bereits am 1.6.73 mit der Geschäftsleitung 'verhandelt' hätte. Das Ergebnis: 'Der Konzern hat kein Geld'.

Natürlich wagte der Betriebsrat mit dieser abgedroschenen Phrase nicht, vor die Kollegen zu treten, und so wurde das Ergebnis nur zögernd einigen Kollegen mitgeteilt.
Wieder einmal erkannten wir, dass wir von der Gewerkschaftsführung nichts erwarten konnten, und wir zogen die einzig richtige Konsequenz: STREIK!

Am 22.8. standen bei Zeiss-Ikon alle Räder still! Damit hatten die Bosse und die Gewerkschaftsführer nicht gerechnet, so etwas gab es in 'ihrem Werk' doch nicht!

Zunächst versuchte der Betriebsrat, die Vertrauensleute auf seine Seite zu bekommen. Er erklärte ihnen, die ach so schlechte finanzielle Lage des Werkes. Voller Rührung jammerte er, dass der Konzern doch in erster Linie an stabile Arbeitsplätze dächte!
Nach dieser "Trauerrede" schickte er die V-Leute zurück in den Betrieb in der Hoffnung, dass sie ihre Kollegen jetzt zur Einsicht bringen würden.

Aber weit gefehlt! Wir forderten, dass der Betriebsrat vor uns allen sprechen sollte. Unterstützt von der Geschäftsleitung und dem in Kiel bekannten Funktionär der Ortsleitung, Prezewowski, wagte er sich dann zu uns herunter.
Wie sehr sich diese Clique auch bemühte - die Kollegen blieben bei ihrer gerechten Forderung nach 280 DM Teuerungszulage.
Als letztes Mittel versuchten sie, einen besonders aktiven Kollegen als "Rädelsführer" zu beschimpfen. Da aber bekamen sie was zu hören! Sie mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen!

Der Streik dauerte den ganzen Tag an. 5 Minuten vor Feierabend kam die Nachricht, dass der Betriebsrat die die Verhandlungen wieder aufnehmen werde. Am nächsten Tag gingen wir wieder an die Arbeit.

NOCH LAUFEN DIE VERHANDLUNGEN - NOCH WARTEN WIR AUF DAS ERGEBNIS -ABER AN KAMPFKRAFT HABEN WIR NICHTS VERLOREN! BEI ZU LANGER VERZÖGERUNG ODER EINEM UNBEFRIEDIGENDEM ERGEBNIS TRETEN WIR WIEDER IN DEN STREIK!

Fortsetzung von Seite 2

'BILD'-HETZE GEGEN STREIKENDE ARBEITER

Krankenwagen, und dann noch einmal 120 Meister, Obermeister und Zivilspitzel in Arbeiterkleidung. (Wie selbst der 'Stern' zugeben musste). Sie haben die streikenden Kollegen angegriffen, um der Polizei einen Vorwand zum Eingreifen zu liefern!

Allein die Tatsache, dass Polizeispitzel im Werk demonstrieren: "Wir wollen Arbeit!" zeigt, was erreicht werden sollte.

Zum anderen – für wie blöd hält die 'Bild'-Zeitung eigentlich die deutschen Kollegen, die sich nicht so aktiv am Streik beteiligten? Überall brüllte die bürgerliche Presse, dass 'die Ausländer' 'gefährlich' seien – und da soll ein kleiner Haufen deutscher Arbeiter gegen tausende gezogen sein, um das Werk der Ford-Herren freizuprügeln? Lächerlich!

Auch jetzt im Nachhinein sagen immer noch so gut wie alle deutschen Fordarbeiter: der Streik war richtig! Aber Kollegen, die während des Streiks zu Hause waren, sagen auch: "Ja gut, aber so nicht!" Das ist allerdings das Werk der Presse, der Meister und Fernsehredakteure, dass die Gruselgeschichten z.T. geglaubt werden.

Sicher hat es auch unter deutschen, wie auch unter ausländischen Arbeitern Leute gegeben, die gegen den Streik waren, sicher hat es auch Streikbrecher gegeben – aber das ist bei einem Streik nichts neues, das ist in keinem Betrieb anders und das wird es auch künftig geben. **Und wenn Polizeikräfte gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt werden, dann ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Arbeiter dieses Werks, gegen diese Banden (inclusive Werkschutz, reaktionäre Betriebsräte usw.) militant vorzugehen. Das Zögern dabei war sogar eher noch eine Schwäche des Kölner Streiks.**

Die ausländischen und deutschen Kollegen haben bei Ford, wie überall einen gemeinsamen Feind: das Kapital, den bürgerlichen Staatsapparat sowie Betrüger und Spalter ihrer Front.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!

Gewerkschaftsführer von Holz und Kunststoff

Vorreiter für Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften!

Vom 3. bis 7. September findet in Freiburg der 9. Gewerkschaftstag der DGB-Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) statt. Hauptpunkt der Tagesordnung: Die Gewerkschaftsführer von Holz und Kunststoff wollen eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes. Nach dem Willen dieser Herren soll gegen 'Trittbrettfahrer' vorgegangen werden: Künftig wollen die Gewerkschaftsführer bei ihren Tarifverträgen mit den Kapitalistenverbänden die Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft sind, benachteiligen. EINZIG für die Gewerkschaftsmitglieder sollen noch jeweils einige Extras rausgemauschelt werden.

Die Begründung dafür hört sich ganz plausibel an: Die Gewerkschaftsmitglieder würden ja ihre Beiträge bezahlen und damit allein die Lasten aufbringen, die unter anderem auch für die Tarifverhandlungen nötig seien. – Wer zahlt, soll dafür auch was haben.

Tatsächlich aber ist dieser Vorschlag zur Veränderung der Tarifvertragsgesetze ein erneuter Verrat an der Arbeiterklasse.

Die Idee der Gewerkschaftsbewegung war es immer, im Interesse aller Arbeiter, der gesamten Klasse zu kämpfen. Denn alle Kollegen trifft das gleiche Los: Sie leben gemeinsam unter der Fuchtel des Kapitals und müssen sich ständig gemeinsam wehren und das Kapital und seine Fuchtel, die Staatsmacht, niederringen.

Der Antrag der Holz-Gewerkschaftsführer hat jedoch zum Ziel, die nichtorganisierten Kollegen zu benachteiligen. Dadurch soll die Arbeiterklasse gespalten und in ihrer Kampfkraft geschwächt werden.

Mancher Kollege mag vielleicht meinen – na ja, aber dadurch werden die meisten doch in die Gewerkschaft gehen! Sicher – aber mit welchen Methoden werden die Kollegen da reingebracht – und zu welchem Zweck?

Bei der Entstehung der Gewerkschaftsbewegung haben die Gewerkschaften durch ihren vorbildlichen Kampf für alle Arbeiter die Kollegen davon überzeugt, dass man in den Gewerkschaften für eine richtige und gerechte Sache kämpfen muss: gegen das Kapital und seine Staatsdiener.

Was aber haben wir heute? Gewerkschaftsführer, die mit Kapital und Staatsmacht sich gegen uns stellen. Die letzten Streiks haben das gezeigt: Stolz können sogar einige Geschäftsleitungen auf ihre Gewerkschaftsfunktionäre hinweisen, die "unter vorbildlichem körperlichem Einsatz" (Direktor Bergemann von Ford) zusammen mit der Polizei die von den Kollegen selbst bestimmte Streikführung verhafteten.

Um all die Kollegen, die aufgrund solcher Tatsachen wutentbrannt das Mitgliedsbuch hingeschmissen haben, wieder in die Gewerkschaften zu bringen und sie unter Kontrolle zu kriegen, greifen die Gewerkschaftsführer ganz klar zu Erpressungsmitteln: Komm zu uns, dann kriegste ein paar Mark mehr – oder sonst ist Essig.

Aber nicht nur, dass die Kollegen damit wieder unter die Führung der Gewerkschaftsbonzen gebracht werden sollen.

Zusätzlich noch sollen sie durch die Extra-Beigabe für Mitglieder bestochen und gezwungen werden, den Betrug, wie bei den letzten Streiks zu billigen. Denn wer aufmuckt, fliegt raus – auch dafür gibt es schon einen Beschluss, von dem immer mehr Gebrauch gemacht wird. Wer 'gewerkschaftsfeindlich' oder auch in 'gegnerischen' Organisationen Mitglied ist (KPD/ML, RGO, 'KPD' usw.) – wer also den Verrat der Gewerkschaftsführer enthüllt und bekämpft, wird vor die Tür gesetzt. – Er müsste laut Antrag der Holz-Gewerkschaftsführer auf die 'Extras' verzichten müssen.

Sicher – falls die Sache beschlossen und im Tarifvertragsgesetz festgelegt wird, wird die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hochschnellen. Wer will sich schon benachteiligen lassen? Aber erpressen und bestechen lassen? Da täuschen sich diese Herren gewaltig! Arbeiter sind keine Gewerkschaftsbonzen!

Gerade viele unzufriedene Kollegen, die vielleicht dann wieder eintreten, werden die Opposition gegen die Gewerkschaftsführung stärken und für die RGO (siehe S.6/7) gewonnen werden können.

Noch ist die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften kein vom Staat verordneter Zwang. Doch der Antrag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff beabsichtigt, die Kollegen in die Gewerkschaften hineinzuzwingen und sie dem Verrat der Gewerkschaftsführung gefügig zu machen. Das ist ein Schritt hin zur Zwangsgewerkschaft.

Kapitalistenverbände rufen zur Bespitzelung auf!

In einem Rundschreiben der Wirtschaftsvereinigung Gross- und Aussenhandel, Bezirksvereinigung Bergisches Land e.V. vom 1. August heisst es:

"...4. Vorsicht bei Neueinstellungen"

Seit Jahren besteht vor allem in Nordrhein-Westfalen Vollbeschäftigung. Auf einen Arbeitssuchenden entfallen z.Z. 4 oder 5 offene Stellen. Gute Arbeitskräfte stehen daher dem Arbeitsmarkt nur in Ausnahmefällen zur Verfügung. Übrig bleiben in aller Regel Personen, die entweder nicht arbeiten wollen, oder aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können, aber auf Arbeitseinkommen angewiesen sind. An beiden Personengruppen wird der Arbeitgeber im Ergebnis keine Freude haben.

Meistens melden sich, wie die Erfahrung lehrt, solche Arbeitnehmer kurze Zeit nach Aufnahme der Tätigkeit arbeitsunfähig krank und der Arbeitgeber hat dann unter Umständen Lohn oder Gehalt bis zu 6 Wochen weiterzuzahlen.

Wir empfehlen Ihnen daher, unter allen Umständen vor jeder Neueinstellung bei den früheren Arbeitgebern Auskünfte einzuholen. Die Firmen sollten - wenn sie schon keinen schriftlichen Arbeitsvertrag schliessen - wenigstens den Personalbogen ausfüllen lassen. Bei einer Vielzahl von Arbeitsverhältnissen innerhalb kurzer Zeit sollte von einer Einstellung überhaupt abgesehen werden; mit Sicherheit hält ein solcher Arbeitnehmer es nirgendwo lange aus ..."

Vor wem hier gewarnt wird, ist klar. Jeder Arbeiter, der nach einem Streik oder nach einem Auftreten auf Betriebsversammlungen entlassen wurde und der die Tore der anderen Betriebe in seiner Stadt geschlossen fand, weiss das aus eigener Erfahrung. Aber auch die Kollegen, die zu dem immer grösser werdenden Heer der krankgearbeiteten. Kollegen gehören, wissen, worum es geht: Um Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft, um verschärften politischen Terror in den Betrieben.





IGM schliesst Genossen aus

Am 22. August hatte Genosse M. vor den Triumph-Werken in Nürnberg die Betriebszeitung der KPD/ML "Roter Adler" verteilt. 2 Tage später hatte er bereits Post von der Gewerkschaft. Der Stempel auf dem Brief: "Arbeiter und Angestellte der Metallindustrie - werdet Mitglied der Industriegewerkschaft Metall". Nun, das war der Genosse M. schon seit einiger Zeit. Der Breif hatte dann auch anderen Inhalt:







Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Nürnberg

Einschreiben

Herrn
H M

85 Nürnberg

Betreff
Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen

Werter Kollege M !

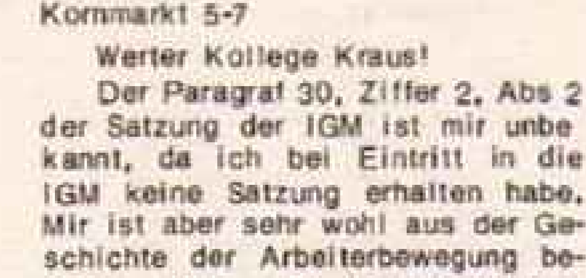
Am Mittwoch, 22. August 1973 hast Du vor den Triumph-Werken Nürnberg, Fürther Straße, die Betriebszeitung Triumph Nürnberg "Roter Adler" verteilt, für die Du zugleich verantwortlich zeichnest. In dieser Zeitung wird u. a. zur Teilnahme an einer Veranstaltung der BPZ der KPD/ML aufgerufen.

Wir teilen Dir mit, daß der Beirat der IG Metall durch den Beschluß vom 16. April 1973 die unter den Bezeichnungen KPD, KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter-Basis-Gruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistische Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und die von ihnen getragene sogenannte "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) oder "Gewerkschaftsopposition" (GO) zu gegnerischen Organisationen erklärt hat. Der § 30, Ziffer 2, Abs. 2 der Satzung der IG Metall sieht für den Fall der Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen den Ausschluß ohne Verfahren vor.

Wir bitten Dich um Deine Stellungnahme.

Für den Fall, daß innerhalb vom 14 Tagen, spätestens am 10. 3. 73, eine Antwort nicht vorliegt, mußt Du mit Ausschluß aus der Organisation ohne Verfahren rechnen.

Mit freundlichen Grüßen
Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Nürnberg
85 Nürnberg, Kornmarkt 5-7
Otto Kraus
1. Bevollmächtigter d. IGM
Verwaltungsstelle Nürnberg



An die Verwaltungsstelle der Industriegewerkschaft Metall
85 Nbg
Kornmarkt 5-7

Werter Kollege Kraus!

Der Paragraf 30, Ziffer 2, Abs 2 der Satzung der IGM ist mir unbekannt, da ich bei Eintritt in die IGM keine Satzung erhalten habe. Mir ist aber sehr wohl aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt, dass die Gewerkschaften Vertreter der Arbeiter und Angestellten sein sollten, dass es ihre Pflicht ist, die Angriffe des Kapitals auf unsere Gesundheit und unseren Geldbeutel zurückzuschlagen, und dass es darüber hinaus ihre Aufgabe sein muss, für eine Gesellschaft ohne Ausgebeutete und Ausbeuter, eine Gesellschaft, wo der Arbeiter bestimmt, wie der Karren läuft, zu kämpfen.

Vielleicht ist es Dir in Deinem wohltemperierten Büro im DGB-Haus nicht bekannt, unter welchen Bedingungen wir am Band schuften müssen. Wie wir im Sommer bei annähernd 40 Grad schwitzen, wie da unsere Gesundheit angegriffen wird. WIR wissen es, und wir haben uns gewehrt, die Abt. 359 bei Triumph-Werke-NBG hat sich in einer Unterschriftensammlung dagegen gewehrt.

Vielleicht ist es Dir mit Deinem sicheren Angestellten-Gehalt nicht bekannt, dass wir uns, wenn wir in Urlaub fahren wollen, um uns wenigstens ein bisschen zu erholen, Urlaubsgeld, unser sauer verdientes Geld brauchen und zwar 1/3 eines Monatslohnes wie im Manteltarifvertrag steht. Wir Triumpharbeiter haben von unserem Urlaubsgeld nur einen Bruchteil bekommen.

Die Kollegen der Abt. 359 haben diesen Schwindel aufgedeckt und sich in einer Unterschriftensammlung dagegen gewehrt. Eine Abt., die TEK, hat sich dem Protest angeschlossen.

Ich frage Dich, wo war bei diesem Kampf der Arbeiter um ihr Recht die IGM?

Die einzige Organisation, die uns dabei unterstützte, war die KPD/ML, der ROTE ADLER"

Kollege Kraus!

Auch wenn es Dich nicht so hart trifft wie uns, sind Dir sicher die unverschämten Preissteigerungen bekannt. Wir müssen dringend dagegen etwas unternehmen. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, ist: STREIK FÜR 100 DM TEUERUNGSZULAGE IM MONAT!

Ich frage Dich, wo ist bei diesem gerechten Kampf der Arbeiter um ihr Brot die IGM?

Sie versteckt sich hinter ihren Schreibtischen. Sie hat nichts besseres zu tun, als Kollegen, die sich einsetzen, auszuschliessen. Sie hat nichts besseres zu tun, als Organisationen, wie die KPD/ML, die unseren Kampf organisiert, zu "gegnerischen Organisationen" zu erklären.

Weil ich vor der Triumph, die mich wegen kommunistischer Tätigkeit entlassen hat, ein Flugblatt des Roten Adler dazu verteilt habe, bekomme ich einen eingeschriebenen Brief, wo ich mich des Vorwurfs, Mitglied einer "gegnerischen Organisation" zu sein, rechtfertigen soll. Es gibt nur eine Antwort: Verstärkte Anstrengungen! Auch Bayern muss sich der Streikfront anschliessen!"

Revisionistisches

DER ALLERLETZTE SCHREI

In der Sowjetrepublik Tadschikistan sind Hemden mit aufgedruckten Motiven wie der 'Freiheits'statue der US-Imperialisten und den Köpfen der Beatles der allerletzte Schrei.

Um herauszukehren, wer für die kulturelle Entartung verantwortlich ist, schreibt das revisionistische Parteiblatt 'Kommunist Tadschikistan', dass ein Angestellter einer Textilfabrik die Motive gedruckt habe. Das Blatt fragt: "Steht es mit der Fabrik tatsächlich so schlecht, dass man dort auf schlechten Geschmack angewiesen ist?" Wer den 'schlechten Geschmack' hat und tatsächlich für die Entartung der sowjetischen Kultur verantwortlich zeichnet, offenbarten die Kremlführer jüngst in Wien: Drei Vertreter sowjetischer Behörden engagierten die englische Pop- und Haschgruppe, die 'Rolling Stones', zu einer Tournee durch Moskau, Leningrad und Kiew!

BITTE BERÜCKSICHTIGEN SIE DOCH AUCH DIE INTERESSEN DES KAPITALS!

In der D'K'P-Zeitung UZ vom 7.September liest man in Grossbuchstaben auf Seite 21: "Nolte KG Export/Import Textil"... Kein Artikel über die Geschäftsleitung, sondern eine halbseitige Anzeige, mit der den UZ-Lesern diese Firma besonders ans Herz gelegt wird ("Bitte berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen und Aufträgen die Inserenten der UZ").

Seit einiger Zeit bereits sind in der UZ Anzeigen verschiedener westdeutscher Kapitalisten und Kleinkapitalisten zu finden. Das zeigt offen, auf welcher Seite dieses Blatt steht. Sage mir, wer dich finanziert und ich sage dir wer du bist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Fortsetzung von Seite 1

Es lebe der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas



Der 10. Parteitag dagegen hat betont: Dass das Grundlegendste für die einheitliche Führung der Partei ihre Leitung und ihre korrekte ideologische und politische Linie ist. Er hat den Parteikomitees aller Ebenen die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung einheitliche Auffassungen, eine einheitliche Politik, einheitliches Vorgehen, einheitliches Kommando und einheitliche Aktionen zu erreichen. Dazu ist es notwendig, das Prinzip von Kritik und Selbstkritik weiter zu festigen, Fortsetzer der Revolution aus den Reihen der Arbeiter, der armen Bauern und der unteren Mittelbauern und der anderen Werktätigen heranzubilden und die revolutionäre Kontrolle des Volkes zu verwirklichen und zu stärken.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Der 10. Parteitag hat erklärt, dass die Kommunistische Partei Chinas weiterhin konsequent an den Prinzipien des Proletarischen Internationalismus festhalten, dass sie alle Bestrebungen des Grossmachtchauvinismus bekämpfen und sich mit den Proletariern und den kämpfenden Völkern der Welt zusammenschliessen wird und hat dies im Statut verankert.

Der Parteitag hat das chinesische Volk und die Völker der ganzen Welt aufgerufen, gegen das Komplott der beiden Supermächte USA und Sowjetunion zu kämpfen und hat betont, dass die Gefahr eines neuen Weltkrieges noch immer bestehen bleibt. Imperialismus und Sozialimperialismus sind nicht friedlich geworden und werden niemals friedlich sein, auch wenn sie angebliche 'Sicherheits'konferenzen einberufen und von Frieden sprechen. Solche Konferenzen und Reden dienen einzig und allein ihrer Kriegspolitik und sind gegen die Völker gerichtet. So haben die sowjetischen Sozialimperialisten und die westdeutschen Imperialisten den Vertrag Bonn-Moskau geschlossen, der sich gegen die Völker Europas und gegen die Volksrepublik China richtet. Sie haben diesen Vertrag als 'Friedensvertrag' getarnt, um die friedliebenden Völker zu täuschen. Unsere Partei führt einen ntschiedenen Kampf gegen dieses Komplott.

Die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk haben sich niemals von den Drohungen der Imperialisten und Sozialimperialisten einschüchtern oder von ihrem Friedensgerede täuschen lassen. Der 10. Parteitag stellt fest: "Wir müssen alle Vorbereitungen gegen einen Aggressionskreig treffen, und vor einem überraschenden Angriff des Imperialismus und Sozialimperialismus auf der Hut sein.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten hält die Prinzipien des Proletarischen Internationalismus hoch. Wir kämpfen gegen den Klassenfeind im eigenen Land, den westdeutschen Imperialismus, und leisten unseren Beitrag zum Kampf der Völker der Welt gegen das Komplott der Supermächte. Jegliche Aggression des Imperialismus oder Sozialimperialismus gegen das sozialistische China werden das deutsche Volk und seine Kommunistische Partei zurückweisen mit dem Ruf: "Hände weg von der Volksrepublik China!" Wir versichern Euch, Genossen, und dem ganzen chinesischen Volk unsere volle Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen die Aggression des Imperialismus und Sozialimperialismus gegen die Volksrepublik China. Wir werden niemals müde werden, die Aggressionspolitik der beiden Supermächte gegenüber Eurem Land zu entlarven und die korrekte Linie der Kommunistischen Partei Chinas in Westdeutschland zu propagieren.

Den erfolgreichen Abschluss des 10. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas, diesen Sieg gegenüber dem Modernen Revisionismus und seinen Agenten, die Zusammenfassung der Erfahrungen der Kulturrevolution und ihre Niederlegung im Statut der Kommunistischen Partei Chinas haben wir mit grossem Jubel begrüsst. Dieses historische Ereignis ist für unsere Partei, wie für alle Revolutionäre der ganzen Welt ein Ansporn, dem Vorbild der grossen Kommunistischen Partei Chinas nachzueifern, niemals im Kampf nachzulassen und das grosse Ziel, den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, niemals aus den Augen zu verlieren.



Es lebe der X. Parteitag!
Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!
Es lebe Mao Tse-tung!
Es lebe die Weltrevolution!

Man muß den Marxismus praktizieren und nicht den Revisionismus

Der 10. Parteitag hat die im Klassenkampf neu gewonnenen und gefestigten Erfahrungen der Partei im Statut verankert und so das auf dem 9. Parteitag verabschiedete Statut verbessert und weiterentwickelt. Gemäss der Linie des Genossen Vorsitzenden Mao Tsetung: "Man muss die Wachsamkeit im revolutionären Kampf erhöhen, man muss den Marxismus praktizieren und nicht den Revisionismus!", hob der 10. Parteitag die in der Proletarischen Kulturrevolution erzielten Erfolge hervor, wie die Zerschmetterung der beiden bürgerlichen Hauptquartiere mit Liu Schao-tschi und Lin Piao als Anführer. Diese Beispiele zeigen, dass auch in der Geschichtsperiode des Sozialismus der Klassenkampf fortgesetzt und der Kampf zwischen den zwei Linien in der Partei mit aller Schärfe geführt werden muss. Immer wieder, bis zu ihrer endgültigen Zerschlagung, werden die Kapitalisten und die modernen Revisionisten versuchen, die sozialistischen Staaten anzugreifen und die Kommunistischen Parteien zu unterwandern und von innen her zu zersetzen. Im Kampf gegen diese Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung niemals nachlassen - das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei Chinas hat diesen Grundsatz des Marxismus-Leninismus immer beachtet. Durch die Grosse Proletarische Kulturrevolution hat sie die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China gefestigt. Sie hat das Wort Mao Tsetungs beherzigt: "Durch grosse Unruhen kommt es zur Ordnung auf der Erde. Alle sieben oder acht Jahre einmal wird sich dies wieder ereignen."

Die Siege, die Ihr, Genossen, in diesem Kampf errungen habt, und die nun von 10. Parteitag bestätigt und zusammengefasst wurden, erfüllen uns mit tiefer Freude und werden uns anspronen, niemals im Kampf gegen den Modernen Revisionismus nachzulassen.

Die Partei muß in Allem die Führung innehaben!

Die Voraussetzung für den Sieg über den Klassenfeind und alle seine Agenten ist, dass die Partei korrekt festhält an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, dass die Partei überall die Führung innehat und dass sie sich eng mit den breiten Volksmassen verbindet. In allen Bereichen, in Industrie, Landwirtschaft, Armee, Kultur und Bildungswesen und im Staat darf die Partei niemals ihre Führerrolle aus der Hand legen, wie es die Verräter Liu Schao-tschi und Lin Piao gefordert haben.

Berichtigung der Redaktion "Fünf Jahre sowjetisches Besatzerregime"

Im Artikel "Fünf Jahre sowjetisches Besatzerregime" im Roten Morgen Nr.34 vom 1.9.1973 schrieben wir: "Einzig die Volksrepublik Rumänien, die trotz ihrer gefährdeten strategischen Lage eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in der Aussenpolitik verfolgte, liess sich nicht zur Teilnahme an dem Verbrechen (Besetzung der CSSR — Anm.d.Red.) zwingen."

Das ist falsch. Bei der Nichteinmischung Rumäniens in die inneren Angelegenheiten der CSSR und der Ablehnung der Teilnahme an der Besetzung des Landes durch fünf Staaten des Warschauer Pakts handelte es sich nicht um korrekte marxistisch-leninistische Aussenpolitik, wohl aber **um eine nationale, gegen die sowjetischen Sozialimperialisten gerichtete Aussenpolitik.** Diese Politik verfolgt die VR Rumänien im Grossen und Ganzen bis heute, wobei sie aber Mitglied des Warschauer Pakts geblieben ist, der unter der Führung der sowjetischen Sozialimperialisten zu einem aggressiven Bündnis gegen die Interessen der Völker und zum Nutzen des Komplotts der Supermächte US-SU geworden ist.

Eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in der Aussenpolitik gegenüber dem verbrecherischen Überfall auf die CSSR verfolgte unter den damaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts ausschliesslich die Volksrepublik Albanien. Sie war das einzige Land im Warschauer Pakt, in dem die Anschläge der Revisionisten auf die sozialistische Gesellschaftsordnung, die Diktatur des Proletariats, scheiterten, wo es ihnen nicht gelang, ihren Weg zurück zum Kapitalismus durchzusetzen und wo sie der Arbeiterklasse die Macht nicht aus den Händen winden konnten. Deshalb war die VR Albanien den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten ein Dorn im Auge. Die Revisionisten unternahmen alles, die Partei der Arbeit Albaniens zu untergraben, das Land auf ihren revisionistischen, sozialimperialistischen Kurs zu ziehen und seiner Freiheit und Unabhängigkeit zu berauben.

In Verfolgung der korrekten marxistisch-leninistischen Linie in der Aussenpolitik lehnte es die VR Albanien nicht nur ab, an der Besetzung der CSSR teilzunehmen, sondern trat aus dem Warschauer Pakt aus, der mit dieser Besetzung seinen aggressiven Charakter vor aller Welt blossgelegt hatte.

Diesen konsequenten Schritt unternahm die VR Albanien trotz der akuten Bedrohung durch sowjetische Kriegsschiffe und die Streitkräfte des faschistischen Griechenland vom Land und vom Meer her. **Zusammen mit der VR China verurteilte die VR Albanien den verbrecherischen Überfall der Warschauer-Pakt-Staaten auf die CSSR als Akt sowjetischer sozialimperialistischer Aggressionspolitik.** Diese Verurteilung ist von besonderer politischer Bedeutung, weil sie die korrekten Prinzipien marxistisch-leninistischer Aussenpolitik gegenüber der Verfälschung durch die Revisionisten abgrenzt, weil sie klar und deutlich den Unterschied zwischen friedliebender sozialistischer Aussenpolitik auf der einen Seite und revisionistischer und sozialimperialistischer Aussenpolitik auf der anderen ausdrückt.

Die Partei der Arbeit Albaniens mit Enver Hoxha an der Spitze und das tapfere albanische Volk werden auch in Zukunft den Anschlägen der Revisionisten und Sozialimperialisten in aller Welt mutig entgegentreten.

Wir bitten unsere Leser, alle unsere Artikel kritisch zu lesen und uns Kritiken zuzusenden, damit wir nach der Methode Kritik-Selbstkritik unsere Arbeit verbessern können.

Vorwärts zum Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition !

Im letzten Jahr hatten sich in der Gewerkschaftspolitik der Partei starke rechtsopportunistische Abweichungen entwickelt. Auch im ROTEN MORGEN hatte sich die opportunistische Linie ausgedrückt. Um den RM-Lesern, den Sympathisanten und Freunden der Partei die korrekte Linie der KPD/ML in der Gewerkschaftsfrage darzulegen, veröffentlichen wir in gekürzter Form das Referat des Vorsitzenden der Partei Genossen Ernst Aust vom Juli-Plenum des ZK, das selbstkritisch auf die Fehler der Partei eingeht.

WERKTÄTIGE JUGEND KÄMPFT GEGEN ARBEITSDIENSTPFLICHT WÄHLT KPD, LISTE 3

Zunächst müssen wir uns Klarheit darüber verschaffen:

1. **Welchem Zweck die Gewerkschaften dienen;**
2. **Wie die derzeitigen Gewerkschaften diesen Zweck erfüllen;**
3. **Wie das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften beschaffen sein muss;**
4. **Welche Strategie und Taktik sie ihnen und den Massen ihrer Mitglieder gegenüber entwickeln muss.**

Gewerkschaften sind im Kapitalismus Organisationen, die die Interessen der Werktätigen vertreten. Ihre Aufgabe ist, es,den Widerstand der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung zu organisieren. Während die Partei als höchste Form der Klassenorganisation nur die bewussten Kämpfer umfasst, sind die Gewerkschaften die erste primitive grundlegende Form der Arbeiterorganisation.
Die Gewerkschaften aber verfehlen ihren Zweck, wenn sie sich darauf beschränken, sich nur um Lohnforderungen und andere soziale Fragen kümmern (Nurgewerkschaftertum), statt gleichzeitig zu versuchen, das kapitalistische System revolutionär zu ändern, um schließlich die Befreiung des Menschen von der kapitalistischen Ausbeutung zu erkämpfen. Oder wie Marx und Engels es unermüdlich betonten, wenn "sie sich auf einen Guerilla-Krieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. der endgültigen Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen."

Auch Lenin wandte sich unermüdlich gegen das sogenannte 'Nurgewerkschaftertum', gegen die Neutralität der Gewerkschaft und sagte: **"Die Klasseninteressen der Bourgeoisie führen unvermeidlich zu dem Bestreben, die Gewerkschaften auf eine eng begrenzte Kleinarbeit auf dem Boden der bestehenden Ordnung zu beschränken, sie von jeder Verbindung mit dem Sozialismus fernzuhalten, und die Neutralitätstheorie ist das ideologische Gewand dieser bürgerlichen Bestrebungen. Die Revisionisten innerhalb der sozialdemokratischen Partei werden es immer verstehen, sich in der kapitalistischen Gesellschaft auf irgendeine Art einen Weg zu bahnen."**

Unsere heutigen DGB-Gewerkschaften erfüllen aber weder den einen noch den anderen Zweck. Weder organisieren sie den Widerstand der Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung, noch versuchen sie das kapitalistische System revolutionär zu ändern. Im Gegenteil: **Durch das Hineinwachsen des reformistisch-bürokratischen Apparats der DGB-Gewerkschaft – nicht nur der oberen Spitze – in den kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsapparat, sind aus der früheren Klassenorganisation der Arbeiter, die Gewerkschaften zu einem Teil der kapitalistischen Staatsmacht geworden, der durch organisiertes Streikbrechertum der 'friedlichen' Planung der Ware Arbeitskraft dient.**
Das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit der kapitalistischen Staatsmacht hatte schon vor 1933 eingesetzt. Die Partei antwortete damals mit der Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Bereits kurz nach Kriegsende begannen die Westalliierten damit, die Gewerkschaften nach ihren Vorstellungen wieder aufzubauen. Sie bedienten sich dabei früherer Funktionäre des ADGB wie Böckler und Co., die in der Emigration auf die Niederhaltung revolutionärer Gewerkschaften getrimmt waren. Spontan (1945) entstandene revolutionäre Gewerkschaften, wie etwa die Sozialistische Freie Gewerkschafts-Einheitsorganisation (SFG) in Hamburg, wurde mit Hilfe der Militärregierung zerschlagen. Schon bald hatten die reformistischen Führer des DGB das Heft in der Hand. Kommunisten, die anfangs noch in Funktionen auf Gewerkschafts- und Betriebsebende tätig waren, wurden mittels Tricks hinausgesäubert.

Von Anfang an waren die reformistischen Gewerkschaftsführer am Aufbau der Staatsmacht beteiligt. Bis heute legten und legen sie ein eindeutiges Bekenntnis zum kapitalistischen Staat ab;
'Wir bejahen die staatlich-politische Demokratie in unserem Lande', DGB-Vorsitzender Vetter auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG. Gewerkschaftsführer wie Ernst Lemmer und Jacob Kaiser (Gesamtdeutscher Minister) beteiligte sich aktiv an der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus. Erster Rüstungsminister der Adenauer-Regierung wurde der frühere IGBE-Vorsitzende Theodor Blank. Adenauer zur Ernennung Blanks in seinen Erinnerungen;
'Als ich Herrn Blank zunächst vor der Errichtung des Ministeriums seine Aufgaben übertragen habe, war für mich nicht massgebend seine Eigenschaft als CDU-Abgeordneter; massgebend war vielmehr für mich ausser seinen persönlichen Eigenschaften, die Tatsache, dass er stellvertretender Vorsitzender einer der wichtigsten Industriegewerkschaften war. Ich wollte damit den Widerstand der Gewerkschaften paralysieren. Ich glaube, dass das auch gelungen ist.'

Eine stärkere Integration des Gewerkschaftsapparates mit der Staatsmacht findet aber erst - analog zur Entwicklung der Jahre 1928/29: Beginn der Weltwirtschaftskrise - seit dem Jahre 1966/67, dem in Erscheinungtreten der ersten härteren zyklischen Krise statt. 'Konzertierte Aktion', 'Sozialpolitische Gesprächsrunde', 'Lohnleitlinien' usw. werden zur festen Einrichtung des aufeinander abgestimmten Handelns von Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie. 1966 holt sich die Bourgeoisie einen der reaktionärsten Gewerkschaftsführer, den IG-Bau-Boss Leber (heute Kriegsminister) in die Regierung. 1969 wird der DGB-Führer Walter Arendt zum Arbeitsminister berufen. Seine Aufgabe, die Verstaatlichung der Gewerkschaften voranzutreiben, erfüllt er durch direkte Einflussnahme auf den Hauptvorstand des DGB. Von ihm stammt der arbeiterfeindliche Regierungsneuentwurf des BVG.

Neben dem Verwachsen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Staatsmacht findet im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch ein Verwachsen dieses Apparates direkt mit dem Finanzkapital statt.
Ernst Thälmann zu dieser Entwicklung auf dem 10 Plenum der KPD. 'nicht nur das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem Staatsapparat spielt für uns eine Rolle, sondern die enge Beziehung der reformistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Organisationen mit dem Finanzkapital. Diese Verflechtung übertrifft vielleicht alles andere, was uns bisher bekannt war. In letzter Zeit verwenden die Gewerkschaften in immer stärkerem Masse die gesammelten Gewerkschaftsgelder zu Zwecken gemeinsamer ökonomischer Betätigung mit dem Finanzkapital. Sie versuchen die Beitragsgelder in den Gewerkschaften nach den Prinzipien der privatwirtschaftlichen Akkumulation anzulegen!'



Die Staatsmacht schützt den Profit des Kapitals. Schutzmannketten machen den Weg für die Streikbrecher frei. (1931)

Was damals Ende der zwanziger Jahre von Ernst Thälmann als Verflechtung gekennzeichnet wurde, die 'alles andere übertrifft',stellt sich gegenüber dem, was uns heute bekannt ist, als ein bescheidener Anfang einer Entwicklung dar, die dazu führte, dass sich heute der DGB zu einem Konzern gemausert hat, der in seiner Grösse den Flick- und Fink-Konzern übertrifft. Unter dem Dach der 'Vermögens -und Treuhandverwaltung GmbH' vereinigt der DGB Banken, Versicherungen, Verlage, Fabriken, Lebensmittelhandelsketten und Baufirmen, die wie beispielsweise die 'Bank für Gemeinwirtschaft', die 'Volksfürsorge', 'co op' und die 'Neue Heimat' zu den Grössten ihrer Branche gehören.

Wenn wir feststellen, dass der reaktionärereformistische Gewerkschaftsapparat mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat immer enger verwächst, dass er nicht nur den Kampf um die Aufhebung des ganzen Lohnsystems nicht führt, sondern überall, wie z. B. in seiner Tarifpolitik ganz klar die Interessen der Kapitalisten vertritt und ihnen Riesengewinne zuschanzt, so darf das auf gar keinen Fall dazu führen, die politische Arbeit in den Gewerkschaften geringzuschätzen, oder gar auf den Gedanken zu kommen eigene 'blitzsaubere Gewerkschaften', wie Lenin sagt, zu gründen. Oder an anderer Stelle: **'Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heisst die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluss der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der verbürgerlichten Arbeiter überlassen.'**
Die Gewerkschaften sind, was ihren Charakter als Massenorganisationen betrifft (6 Millionen Mitglieder), für uns der wichtigste Transmissionsriemen zur Arbeiterklasse. Deshalb ist die Gewerkschaftsfrage in diesem Bereich die wichtigste, politische Frage, die mit in den Aufgabenbereich der gesamten Parteiarbeit gehört, wobei die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit nicht voneinander zu trennen sind. Die Frage die dabei vor uns steht ist nicht ob, sondern wie wir in den Gewerkschaften arbeiten, welche Strategie und Taktik wir ihnen gegenüber entwickeln. Zu dieser Frage hat die Partei bereits im ROTEN MORGEN vom Juli, August 1971 in einem Grundsatzartikel 'Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage' Stellung genommen. Darin wird die von einigen Zirkeln, die sich marxistisch-leninistisch nennen, vertretene rechtsopportunistischen Auffassungen, dass man die Gewerkschaften durch die Eroberung des reaktionären Apparates durch 'kontrollieren', 'kritisieren' und 'notfalls abwählen' wieder zu 'Kampforganisationen der Arbeiterklasse' machen könne angesichts der Verschmelzung von DGB - Apparat - Kapital - Staatsapparat, der nicht vorhandenen innergewerkschaftlichen Demokratie (Gewerkschaftssekretäre werden per Zeitungsanzeige gesucht usw.), zurückgewiesen.

D'K'P - Revisionisten und Zirkelführer verraten den gewerkschaftlichen Kampf

Ebenso die verräterische Haltung der revisionistischen DKP, die auf der 7. Tagung ihres Parteivorstandes erklärte:
' Die Kommunisten sind in den Gewerkschaften keine Opposition. Sie sind als aktiver politischer Teil der Arbeiterklasse ein fester Bestandteil der Arbeiterklasse'. Und um auch ja keinen Zweifel an ihrer Übereinstimmung mit der raktionären Gewerkschaftsführung aufkommen zu lassen ,erklären sie ihre Aufgaben in den Gewerkschaften so:' Diese Aufgabe entspricht dem Inhalt des DGB-Grundsatzprogramms" (eines durch und durch reformistischen Machwerkes).

Damit ist die Linie der Führer der D'K'P-Revisionisten klar abgesteckt: Volle Unterstützung des Dreibundes Unternehmer-Staat-Gewerkschaftsbürokratie bei der Ausbeutung und Niederhaltung der Werktätigen. Ziel der meisten D'K'P-Funktionäre auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene ist, sich durch Anpassung nach oben zu dienen. **Ihre Aufgabe: Die Arbeiterklasse durch soziale Demagogie nicht auf die Beseitigung sondern auf die Erhaltung des kapitalistischen Gesellschaftssystem zu orientieren.** Dort, wo sie gezwungen sind, um das Vertrauen der Kollegen und ihrer Mitglieder nicht zu verlieren, Arbeitskämpfe zu führen, werden diese von ihnen in den entscheidenden Augenblicken verraten. Unsere Aufgabe: Den aufrechten DKP-Kollegen im gemeinsamen Kampf an der Basis gegen die Kapitalisten den Verrat ihrer Führer nachzuweisen und ihre revisionistischen Illusionen zu zerstören.

Was uns die Zirkelführer der verschiedenen KB's in der Gewerkschaftsfrage empfehlen, ist, **anstatt einer revolutionären Gewerkschaftspolitik auf der Grundlage einer konkreten Analyse der konkreten Situation der Partei, als Gratisbeilage oder Schwanz der Gewerkschaft** mit dem Auftrag, die ökonomischen Kämpfe des Proletariats zu fördern. Lesen wir, was Ernst Thälmann schon 1929 über diese Art Rechtsabweichler schrieb: "Der Kampf zwischen Reformismus und Kommunismus erfährt seine besondere Verschärfung, weil er gleichzeitig ein Kampf gegen den Dreibund Unternehmertum, Staatsgewalt und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie ist. Indem die Rechten sich bald nur auf den Kampf innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften, innerhalb des Gewerkschaftslegalismus beschränken wollen, leugnen sie den Charakter der jetzigen Kämpfe. Sie können sich nicht als Anhänger der Schwanztheorie die Aufgabe der Organisierung der neuen revolutionären Welle stellen. Sie stellen noch immer die Frage nach der Eroberung des Gewerkschaftsapparates."
Der Gegensatz zwischen der KPD/ML und den rechtsopportunistischen Zirkelführern besteht nicht in der Frage, **ob** man den ökonomischen Kampf führen soll, sondern darin, **wie** dieser Kampf zu führen ist. Was den Kampf um wirtschaftliche Teilforderungen oder Reformen überhaupt betrifft, sind Marxisten-Leninisten von jeher der Ansicht, dass der Kampf um die **Verbesserung** der Lohnsklaverei dem Kampf um die **Beseitigung** der Lohnsklaverei, der Kampf um die Reformen dem Kampf für die **Revolution** untergeordnet sein muss.

Wie konnte es zu den Abweichungen der KPD/ML kommen

Soweit, sogut. Kommen wir aber nun zu der Frage, die uns alle bewegt, auf die die Arbeiterklasse und die Partei eine klare Antwort verlangt: Wie konnte es zu den "links-", hauptsächlich aber rechtopportunistischen Abweichungen in der Gewerkschaftsarbeit kommen, wie sie im letzten Jahr auftraten? Hier ist schonungslose Offenheit am Platz. "Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern", sagte Lenin, "ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heisst Erfüllung ihrer Pflichten, das heisst Erziehung und Schulung der Klasse und dann der Massen."

Was war passiert? Opportunistischen Elementen war es - infolge von mangelnder revolutionärer Wachsamkeit - gelungen, in die Führung der Partei vorzudringen. In Verfälschung der Beschlüsse des II. Parteitages, versuchten sie unter dem Deckmantel des "Kampfes gegen das Sektierertum", in Anbetung der spontanen Bewegung, eine rechtsopportunistische Linie durchzusetzen, wobei sie anfangs unter "linker" Flagge segelten.

Klar und eindeutig hatte es im ROTEN MORGEN vom August 1971 geheissen: **"Prinzipiell, langfristig, strategisch gesehen, müssen wir den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften ins Auge fassen.** In den Leitsätzen über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale (ausgenommen auf dem II. Kongress der Komintern am 5. August 1920) heisst es dazu: "Da die Kommunisten Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als die Form, dürfen sie in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung einer Gewerkschaftsorganisation zurückschrecken, wenn der Verzicht gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften, mit dem Verzicht auf den Versuch, aus diesen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen, und mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats."

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Der ROTE MORGEN fährt fort: "Heisst das aber nun, dass wir jetzt und sofort eine Spaltung der Gewerkschaften ins Auge fassen, dass wir zu diesem Zweck eigene Organisationen...bilden? Nein. Das wäre falsch und im höchsten Masse sektiererisch. Genau das wäre der Fehler, den Lenin in "Der linke Radikalismus - die Kinderkrankheit des Kommunismus" kritisiert hat, als er sich über die 'sehr netten (und meist wohl sehr jungen) Kommunisten' lustig machte, die 'unbedingt eine nagelneue, blitzsaubere' Gewerkschaft gründen wollen. Was heisst überhaupt Spaltung der Gewerkschaft? Wenn wir diese Frage korrekt beantworten wollen, müssen wir davon ausgehen, dass die Arbeiterklasse selbst gespalten ist. Und zwar durch die reformistische Ideologie in das Lager der Anhänger dieser Ideologie, und in das Lager der revolutionären Arbeiter. **Unsere Aufgabe ist es, diese Spaltung aufzuheben, das heisst, einen immer grösseren Teil der Arbeiterklasse zum Bewusstsein seiner objektiven Klasseninteressen zu bringen. Dazu führen wir den kompromisslosen Kampf gegen die revisionistischen, reformistischen und alle übrigen bürgerlichen Ideologien.** Die Spaltung der Gewerkschaft ist der organisatorische Ausdruck dieses Kampfes. Sie wird - wie die Geschichte beweist - auch nicht von den Kommunisten, sondern vom bürgerlichen Gewerkschaftsapparat sebst vollzogen. Er ist dann zur Spaltung gezwungen in Form von **Massenausschlüssen**, wenn der Kampf der Kommunisten das Lager der revolutionären Arbeiter derart vergrössert hat, dass es die Herrschaft des Apparates gefährdet. **Erst dann** wird auch die KPD/ML daran gehen, revolutionäre Gewerkschaften aufzubauen."



Hoesch gab 1969 das Signal

Im Herbst, ab 1969 war zu erkennen, dass sich in der westdeutschen Arbeiterklasse spontan eine gewerkschaftsoppositionelle Bewegung zu entwicklen begann. Eine Bewegung, die sich bis heute verstärkt fortsetzte und sich sicher noch verstärken wird. Immer öfter gingen und gehen die Kollegen dazu über, ihre Lohnforderungen in "aussertariflichen" Streikkämpfen gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen durchzusetzen. Was ist die Aufgabe der Kommunisten angesichts dieser Situation? Ihre Aufgabe ist es, revolutionäres Bewusstsein in den Kampf der oppositionellen Gewerkschafter und Kollegen zu tragen. Ist es, ihnen zu helfen, sich zu organisieren, ihre verschiedenen betrieblichen Kämpfe zu vereinheitlichen, um die Arbeitskämpfe auf die Ebene "Klasse gegen Klasse" zu heben. Ist es, ihrem Kampf Ziel und Richtung zu weisen.

Aufgabe der Kommunisten, der Partei, in dieser Situation aber konnte es nicht sein, in Anbetung der spontanen Bewegung stellvertretend für die Masse der Kollegen eine Gewerkschaftsopposition auf zentraler Ebene zu gründen. Was dabei herauskam, war nichts anderes als ein Wasserkopf mit Statut, aber keine revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Auf den ersten Blick schien dies ein "linker" Fehler zu sein, in Wirklichkeit aber verbarg sich dahinter, wie sich sehr schnell herausstellte, eine rechtsopportunistische Auffassung, die bis zur Leugnung der Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse, als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats ging.

Damit wurde eine Tendenz gefördert, die bei einigen Genossen in der Partei unterschwellig vorhanden ist, sich angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe und Verfolgungen durch die Bourgeoisie in den Massen zu verstecken und nicht mehr als Kommunist aufzutreten. Als sie sahen, dass es mit ihrer Gewerkschaftsopposition nicht so recht klappen wollte, machten sie, die vorher den Massen um fünf Schritte vorausgeeilt waren, sieben Schritte zurück. Plötzlich erklärten sie, es sei verkehrt, revolutionäres Bewusstsein in den Kampf der oppositionellen Gewerkschaftskollegen zu tragen, man dürfe die Organisation nicht RGO, man müsse sie GO nennen, ansonsten verstünden einen die Kollegen nicht. Die unter ihrer Anleitung und Verantwortung erschienene 1.Mai-Zeitung der GO machte vollends klar, welchen Kurs sie zu steuern gedachten: Kein Wort mehr von Sozialismus, von der revolutionären Aufgabe des Proletariats, kein Wort mehr von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die modernen Revisionisten, die Partei selbst als linkssektiererischer Zirkel, deren Genossen man dsehalb allerdings nicht aus der Gewerkschaft ausschliessen solle, Propagierung der Neutralitat der Gewerkschaftsopposition.

Das war offener Verrat an den Beschlüssen des II. Parteitags an der revolutionären Linie unserer Partei!!!

Klar und eindeutig wurde in der auf dem II. Parteitag verabschiedeten Resolution "Die Partei in den Betrieben verankern" gesagt: "Kampf gegen den reaktionären Apparat der Gewerkschaften und für eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition!"

Mit Recht fragen sich Freunde und Genossen der Partei, wie konnte es zu dieser rechtsopportunistischen Abweichung von der Linie des II. Parteitages kommen? Hier müssen wir klar feststellen, dass die Schuld für diese Abweichungen nicht die Genossen der Basis oder der Gewerkschaftsopposition trifft. Die Genossen des ZK und des Präsidiums haben scharfe Selbstkritik geübt, weil sie nicht früh genug den entschiedenen Kampf gegen die rechtsopportunistische Linie geführt haben und nicht verhindert haben, dass die rechtsopportunistische Abweichung in die Partei und in die Massen getragen wurde.

Wie muß es weitergehen ?

War und ist nun die Linie des Aufbaus einer revolutionären Gewerkschaftsopposition - wenn man darunter nicht die Gründung einer neuen, sich Opposition nennenden Gewerkschaft versteht - verkehrt? Nein. Nur dürfen wir bei einer solch ernsten Frage in der Gewerkschaftsarbeit keine Etappe überspringen, müssen wir ausgehen vom Bewusstsein der gewerkschaftsoppositionellen Kollegen, müssen wir mit der erforderlichen Vorsicht und Allmählichkeit, ohne irgendwelche überstürzten und taktlosen Schritte in den Gewerkschaften unbeirrt im Geist ihrer immer grösseren Annäherung an die revolutionäre Partei des Proletariats, die KPD/ML arbeiten. Müssen wir den Fehler korrigieren und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben aufbauen. Die Situation ist dabei für uns günstig. Gerade in letzter Zeit verstärkt sich angesichts des ständigen Lohnabbaus die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Immer öfter kommt es zu sogenannten "wilden" ohne Einwilligung der Gewerkschaftsbonzen oder direkt gegen ihren Willen geführte Streiks. Die Partei selbst hat sich im letzten Jahr zunehmend in den Betrieben verankert. Die Zahl der Betriebszeitungen ist auf über 80 gestiegen. Die Zahl der proletarischen Genossen wächst ständig. Bei den Betriebsratswahlen 1972 unterstützten die Betriebszellen der Partei in einigen Betrieben die Aufstellung oppositioneller, roter Listen, wurden Genossen in den Betriebsrat gewählt. Auch die Zahl der Genossen in den Vertrauensleutekörpern und bei den Jugendvertretern ist gestiegen. Es gelang der Partei, wenn auch nur vereinzelt, führend in Streikkämpfe einzugreifen.

Dennoch dürfen wir nicht übersehen, dass das, was Genosse Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der PdAA sagte, genau für uns zutrifft:

"Während es aber eine mächtige Erhebung der Massen und der Völker zum Kampf und zur Revolution gibt, besteht die Schwäche der revolutionären Bewegung in vielen Ländern und Gebieten eben in dem Mangel einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, welche den Massen revolutionäre Perspektiven eröffnet und sie auf den richtigen Weg zur Erreichung ihrer Ziele orientiert. Die Situation ist derartig, dass die praktische Bewegung der Massen nach wie vor vorwärtsschreitet, während der subjektive Faktor, ihr Bewusstsein, ihre Organisiertheit und Leitung in vielen Ländern zurückgeblieben ist und den Aufgaben der Zeit nicht entspricht."

Damit aber ist für uns die Richtung klar gewiesen: Weitere Entwicklung unserer wissenschaftlichen Strategie (in der Programmarbeit) und Taktik, weitere Verankerung in den Massen, mit dem Ziel, ihr Bewusstsein zu heben, sie zu organisieren und in die kommenden Kämpfe zu führen. Das wichtigste Kettenglied ist dabei unsere revolutionäre Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft. Das heisst: Weiterer Aufbau von Betriebsparteizellen. Ohne sie, ohne dass nicht alle im Betrieb arbeitenden Genossen auch aktive Mitglieder der Gewerkschaft sind, ist eine erfolgreiche revolutionäre gewerkschaftsoppositionelle Arbeit gar nicht möglich. Der gewerkschaftsoppositionelle Kampf muss ein fester Bestandteil der dialektischen Einheit von ökonomischem und politischem Kampf sein. Deshalb kann es im Betrieb auch keine vom Kampf der Betriebszelle getrennte "Gewerkschaftsfraktion" der Partei geben. Das betriebliche Kampf- oder Forderungsprogramm der Betriebszelle muss die Forderungen der fortschrittlichen Gewerkschafter und Kollegen einbeziehen und weiterentwickeln.

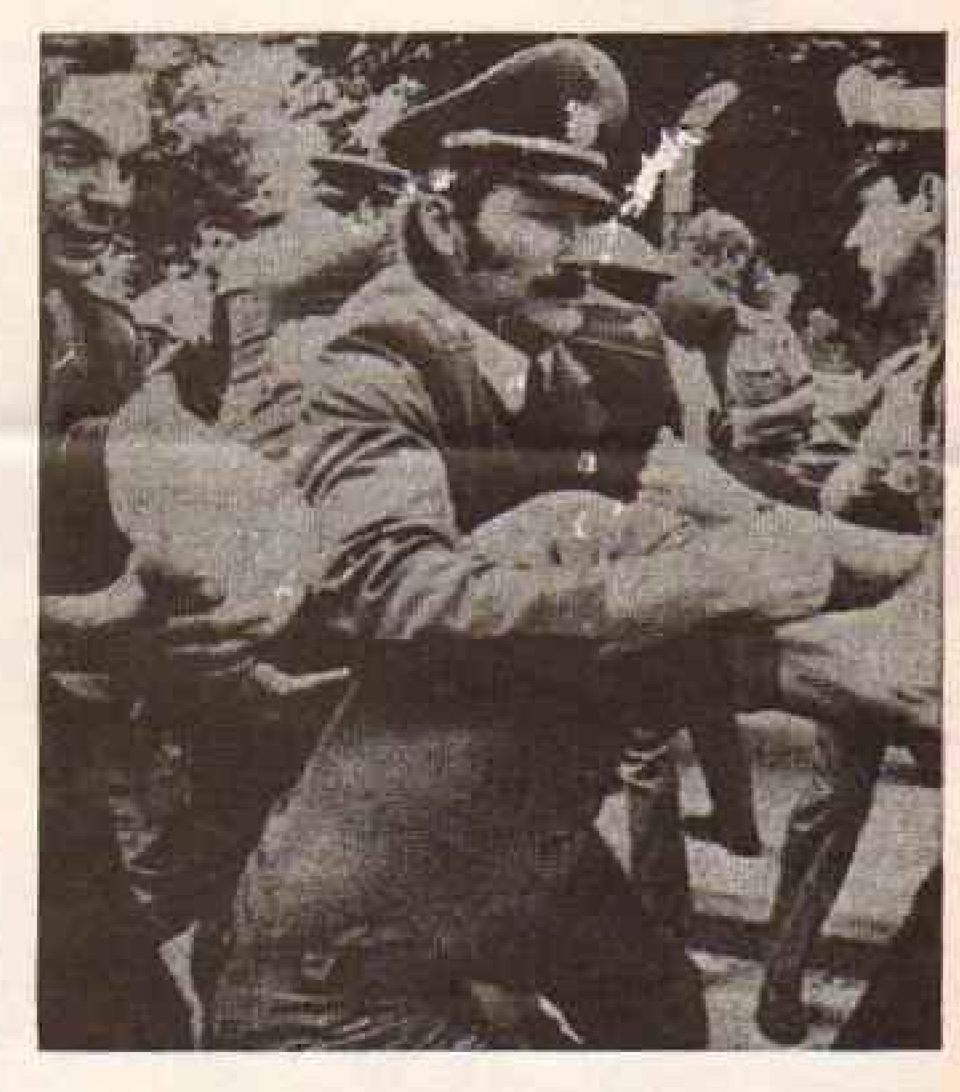
Beim geplanten Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen wir von folgenden Prinzipien ausgehen: Einerseits dürfen wir uns nicht über die Massen stellen, sondern wir müssen ausgehen vom gegebenen Bewusstseinsgrad der Massen, sie aufklären, ihr Bewusstsein heben, ihnen helfen, sich nach dem Prinzip der tief empfundenen Freiwilligkeit schrittweise zu organisieren, und nach und nach alle notwendigen Kämpfe zu entfalten, welche die inneren und äusseren Umstände zur gebenen Zeit und zum gegebenen Ort erlauben. Hier gibt es zwei Prinzipien. Das eine lautet: Man muss von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden. Das andere besagt: Die Massen müssen es selbst wünschen, der Entschluss muss von den Massen selbst gefasst werden, nicht aber von uns an ihrer statt. Andererseits bedeutet volles Vertrauen auf die Massen haben, und sich auf sie stützen, nicht, die Spontaneität anzubeten und den negativen Faktoren freien Spielraum zu geben. Es bedeutet vielmehr, dass wir richtige Methoden anwenden und unsere Arbeit gut machen, damit die negativen Faktoren sich in positive verwandeln können. Nur unter Führung der Partei kann der revolutionäre Enthusiasmus der Massen entfaltet werden. Die Aktivität der breiten Massen kann sich weder lange halten, noch in der richtigen Richtung entwicklen, noch ein höheres Niveau erreichen, wenn eine starke führende Gruppe fehlt, die diese Aktivität auf geeignete Weise organisiert. Auf die Praxis zur Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen oder Kampfausschüssen angewandt heisst das: Der Entschluss, sich zu organisieren, muss von den Kollegen selbst kommen, die Genossen können nur den Anstoss dazu geben. Ist der Entschluss von den Kollegen gefasst, müssen wir die negativen Tendenzen, z.B. Nurgewerkschaftertum, Neutralitätstheorie, Beschränkung auf Reformen auf dem Boden der bestehenden Ordnung etc bekämpfen und sie auf den revolutionären Weg zur Befreiung ihrer Klasse orientieren.



Müllarbeiterstreik in Duisburg

Kommen wir zum Ausgangspunkt des Referats zurück "Vorwärts zum Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition" Warum "zum" und nicht "beim" Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition? Weil wir davon ausgehen müssen, dass eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition noch nicht vorhanden ist. Dass in der Hauptsache die Kollegen erst einmal sauer sind, dass die Gewerkschaften den Kampf um betriebliche und Lohnforderungen nicht nachhaltig genug führen und sich dagegen spontan gewerkschaftsoppositionell zu organisieren beginnen. Auch das revolutionäre Auftreten von Kollegen bei aussertariflichen Streikkämpfen, deren zunehmende Politisierung darf uns nicht dazu verleiten, die spontane Bewegung zu überschätzen, oder sie gar in der Hauptseite als revolutionäre einzustufen, in dem Sinne, dass den Kollegen schon bewusst wäre, dass sie ihre Lage nur auf revolutionärem Wege durch den bewaffneten Sturz der alten Ausbeuterordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats entscheidend verbessern können. Dies sie erkennen zu lehren, ist die Aufgabe der Partei, das heißt Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung.

Es ist nicht die Aufgabe der Partei, den Kolleginnen und Kollegen zu erzählen, daß sie ausgebeutet werden, daß die Preise ständig steigen (daran müssen wir anknüpfen); daß sie, wenn sie mehr Geld haben wollen, streiken müssen, das wissen sie selbst. Die Frage, die sie an uns Kommunisten stellen, ist: Wie kommen wir aus der ganzen Misere raus? Und darauf müssen wir ihnen die korrekte Antwort geben, auch wenn sie viele heute noch nicht begreifen: Durch die bewaffnete Revolution, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Wer das nicht tut, ist ein Revisionist.



Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter in Lippstadt

"Vorwärts zum Aufbau einer revolutionären Gewerkschaftsopposition" heisst als erster Schritt kommunistische Fraktionsarbeit in den Einzelgewerkschaften (Branchen),
zu der wir die auf betrieblicher Ebene in gewerkschaftsoppositionellen Kampfkomitees bereits organisierten Kollegen mit heranziehen. Erst wenn wir den organisatorischen Zusammenschluß oppositioneller Gewerkschaftskollegen auf betrieblicher Ebene vollzogen haben, können wir daran denken, sie auf überbetrieblicher, auf Branchenebene zu organisieren.

Kommunistische Fraktionsarbeit zu leisten, setzt voraus, daß wir aktive Gewerkschafter sind. Daß wir nicht nur Vertrauensleute-, Vertreter-, Mitglieder-, Delegiertenversammlungen, Gewerkschaftsschulen, Lehrgänge etc. besuchen, sondern auch, daß wir uns in den Gewerkschaftshäusern und Lokalen sehen lassen, um dort gewerkschaftliche und politische Fragen zu diskutieren. Natürlich müssen die Genossen der Betriebsparteizellen der einzelnen Branchen ihr Auftreten und Vorgehen auf solchen Versammlungen koordinieren. Müssen sie und die oppositionellen Kollegen sich regelmäßig – wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind – auf überbetrieblicher Ebene treffen, um ihre Strategie z.B. zur Führung selbständiger Streikkämpfe beraten.

Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften heisst für uns, genau wie im Betrieb, den Marxismus-Leninismus zu propagieren, immer wieder die Frage Reform oder Revolution hineinzutragen. So ist es möglich, wie die Erfahrungen gezeigt haben, die besten Gewerkschaftskollegen für die Partei, für den Kommunismus zu gewinnen. Fraktionsarbeit heisst auch, die Widersprüche in den Gewerkschaften zwischen der unteren Ebene und dem bürokratischen Apparat, und selbst in diesem zwischen den unteren Sekretären (auch wenn diese kaum für uns zu gewinnen sind) und der oberen Ebene zu verschärfen mit dem Ziel, den reaktionären Gewerkschaftsapparat von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder zu isolieren.

"Wir werden verstärkt in den Gewerkschaften arbeiten, wir werden auf allen Gebieten, um die revolutionäre Theorie des Marxismus im Proletariat zu verbreiten und die 'Festung' der Klassenorganisation zu schaffen. Alles übrige wird sich ergeben!" (Lenin).

Sofortige Aufenthaltsgenehmigung für Mehrdad Adrom!

Die Münchner Ausländerpolizei hat wieder zugeschlagen. **Der persische Student und Patriot Mehrdad Adrom wird gesucht. Er soll ins Ausländerlager Zrindorf eingeliefert und von dort aus wahrscheinlich in den Iran abgeschoben werden.** Obwohl Adrom Antrag auf politisches Asyl gestellt hat, obwohl seit Jahren ein Prozess um seine Aufenthaltsgenehmigung läuft – der ROTE MORGEN berichtete darüber – ja, obwohl er polizeilich gemeldet ist, wird er plötzlich zum 'Illegalen' erklärt, zum 'Sicherheitsrisiko' für die Bundesrepublik.

Immer schärfer geht die Bourgeoisie in unserem Land gegen fortschrittliche ausländische Kollegen und Studenten vor. Nach den Streiks der letzten Wochen wurden mehrere spanische und türkische Kollegen in Nacht- und Nebelaktionen in ihre Heimatländer abgeschoben – in Länder, deren faschistische Regimes sie in Kerker werfen und zu Tode foltern.

Seit dem Besuch von 'Friedens'-kanzler' Brandt im Iran im vergangenen Jahr hat sich auch der Terror gegen persische Studenten verschärft. Im letzten Winter konnte nur die geschlossene Solidarität von Tausenden fortschrittlichen Menschen die Abschiebung des Studenten Manutscher Hamedi verhindern.

Womit Mehrdad Adrom bei einer Ausweisung oder Abschiebung zu rechnen hat, kann man sich vorstellen, wenn man weiss, dass sein Vater an der Revolution von 1953 beteiligt war, erst zum Tod verurteilt und dann zu 6 Jahren Gefängnis 'begnadigt' wurde, dass sein Bruder seit 2 Jahren im Gefängnis sitzt und schwer gefoltert wurde, dass seine Schwester seit Jahren in einer Heilanstalt leben muss, weil sie von SAVAK-Schlägern schwer verletzt wurde (der RM berichtete). Diesen Blutsaugern, Mördern und Folterknechten soll nun auch Adrom ausgeliefert werden.

Mehrdad Adrom lebt seit 10 Jahren in der BRD. Er ist Mitglied der CISNU und als solches bereits von vornherein zu mehreren Jahren Gefängnis im Iran verurteilt. Er hat für die Befreiung seines Landes von Faschismus und Imperialismus gekämpft. Dieser Kampf ist auch den westdeutschen Imperialisten ein Dorn im Auge. Er 'stört' ihre reibungslosen Geschäfte mit persischem Öl. Deshalb soll Adrom den Schah-Henkern ausgeliefert werden.

Die Ausweisung von Mehrdad Adrom muss verhindert, seine Aufenthaltsgenehmigung erkämpft werden. Wir unterstützen die Aktionen der Conföderation Iranischer Studenten (National Union), deren Mitglied Adrom ist, und die aufgefordert hat, Protesttelegramme an das Bayrische Innenministerium zu senden. Unsere Partei fordert und wird für diese Forderungen kämpfen:

KEINE AUSLIEFERUNG IRANISCHER PATRIOTEN AN DIE HENKER DES SCHAH!

AUFENTHALTSGENEHMIGUNG FÜR MEHRDAD ADROM!

Verfassungsschutz erpresst Genossen

Nach der grossen Demonstration des letzten Jahrs läuft der Justizapparat der Kapitalistenklasse auf Hochtouren: Genossen, Sympathisanten der Partei und andere fortschrittliche Menschen sind nun von Prozessen bedroht. Dadurch sind sie oft in eine persönliche Notlage geraten: Angst vor einer Gefängnisstrafe, vor Entlassung, finanzielle Belastung, denn ein Prozess kostet Geld.

Schamlos hat nun die Politische Polizei begonnen, diese Notlage einzelner Genossen für schmutzige Erpressergeschäfte auszunutzen: Sie versucht, Spitzel zu werben.



Spitzeltreff

Diese Acht-Groschen-Jungs wollen Genossen und Sympathisanten zum Verrat an der Revolution bestechen und gegen die Partei einkaufen.

Eines muss uns allen klar sein: So wenig wir vor der Polizei oder vor dem Ermittlungsrichter Aussagen machen zu unserer politischen Arbeit oder über die Partei, genausowenig lassen wir uns mit solchen PoPos auf irgendwelche Gespräche ein. Wenn diese Strichjungens an Deine Tür kommen mit ihren schmutzigen Angeboten – wirf sie raus! Kommentarlos! Mit diesen Verbrechern gibt es kein Verhandeln, kein 'unverbindliches Gespräch' in der nächsten Kneipe, wenn Du Dich nicht selbst verdächtig machen willst in den Augen der Arbeiterklasse. Denn wenn Du einmal mit dem Klassenfeind an einem Tisch gesessen hast – wie kann Dir dann das Proletariat noch hundertprozentig vertrauen?

Damit wir im ROTEN MORGEN über konkrete Anwerbungsversuche des Verfassungsschutzes berichten können, bitten wir jeden, der von solchen Erpressungen betroffen wurde, dem ROTEN MORGEN dringend darüber zu berichten. Auch gegen solche schmutzigen Methoden hilft nur Eines: Die Massen zu mobilisieren!

Rote Garde Dortmund:

"Die Arbeiterjugend wird Erich Dobhardts Tod rächen"

der ROTE MORGEN berichtete über den Tod des 17-jährigen Erich Gegenwärtig setzen die Verantwortlichen alles daran, diesen Fall vergessen zu machen und zu vertuschen. Grund genug haben sie!

Während das Verfahren gegen einen Staatssekretär Mittelstädt in Düsseldorf eingestellt wird, der seine Urlaubsreise als Dienstreise buchen liess und so die Werktätigen um Tausende Steuergelder bestohlen hat, wird ein unbewaffneter Jugendlicher von der Polizei aus 25 m Entfernung erschossen! Er war aus einem Fürsorgeheim ausgerissen und hatte mangels Arbeitspapieren ein paar Radios geklaut.

Die ROTE GARDE hat in Flugblättern und Kundgebungen auf den Strassen und in Jugendheimen seinen Tod bekannt gemacht. Sie hat gezeigt, dass dies kein trauriger Zufall ist, sondern dass es gerade Aufgabe der Polizei ist, die Macht und das Vermögen der Reichen zu schützen, die Werktätigen aber einzuschüchtern und zu unterdrücken.

Wenige Tage nach Erich's Tod prangten in den Strassen am Borsigplatz und in Schüren Parolen an den Wänden:

FÜR DIE MACHT DER REICHEN GEHN BULLEN ÜBER LEICHEN!

DIE ARBEITERJUGEND WIRD ERICH DOBHARDTS TOD RÄCHEN!



Am Grab von Erich Dobhardt sprach die ROTE GARDE die Zuversicht aus, dass die Arbeiterjugend und die ganze Arbeiterklasse mit den Verhältnissen aufräumen wird, die einen Jungen wie Erich zum Verbrecher stempelten.

Dabei erfuhren wir von Erichs Vater, dass er erst 6 Stunden nach dem Schuss aus der Polizeipistole darüber **informiert wurde, obwohl der Junge noch drei Stunden lebte. Bis kurz vor der Trauerfeier verweigerten die Behörden dem Vater sogar, seinen toten Sohn zu sehen, so dass er das Begräbnis schon verschieben wollte. Auch die Kleider des Jungen und den ärztlichen Befund hatte er eine Woche danach noch nicht erhalten. Er wurde von Tag zu Tag vertröstet und von Amt zu Amt gehetzt.**

So ist bei vielen der Verdacht aufgekommen, dass noch etwas an der Sache faul ist und die Presseberichte über den Hergang überhaupt nicht stimmen.

All das hat den Hass der Rotgardisten und vieler Jugendlicher auf das Ausbeutersystem gesteigert und uns im Kampf für die proletarische Diktatur und den Sozialismus bestärkt.

Nachtrag bei Redaktionsschluß

Die Proteste der Bevölkerung haben die Staatsanwaltschaft jetzt dazu gezwungen, den Fall erneut aufzurollen.

Die Empörung über die Einstellung des Verfahrens gegen den Polizeibeamten, der Erich erschossen hat, ist in der Bevölkerung gross. Immer stärker wird die Vermutung, dass da mehr als nur ein Schuss gewesen ist. Als der Vater seinen Sohn noch einmal sehen konnte, stellte er fest, dass das Gesicht seines Jungen schwer zugerichtet war. Die Polizei aber weigert sich bisher, den ärztlichen Untersuchungsbefund herauszugeben.

KLASSENJUSTIZ:

Angst vor der Wahrheit

Bereits seit dem 10.7.71 bezieht Dieter Kunzelmann den Roten Morgen. Schon einmal hatte die Haftanstalt im März 72 einen Roten Morgen an den Versand zurückgeschickt. Diesmal ist der vorgebliche Grund der Artikel im RM Nr.31: Hände weg von Ulrike Meinhof! In diesem Artikel berichteten wir über eine Solidaritätsaktion der Roten Hilfe Bochum, um die geplante Szinthigraphie an Ulrike zu verhindern.

Schon in anderen Aktionen hat die Klassenjustiz der Bourgeoisie in letzter Zeit das Recht der politischen Gefangenen auf freie Information beiseite geräumt. So wurde ein

Brief des politischen Gefangenen W. Grundmann, der in Zweibrücken gefangen gehalten wird, an seine Eltern beschlagnahmt, weil er für die Klassenjustiz beleidigend sei und die Ordnung der Anstalt gefährde. W. Grundmann hatte über die verbrecherische Isolationsfolter berichtet.

Den Mandanten der Rechtsanwälte Ströbele, Becker und Grönewold ist das Recht genommen worden, unkontrolliert mit ihren Rechtsanwälten zu korrespondieren – ein Grundrecht jedes Inhaftierten.

Diese Anschläge auf eines der primitivsten Rechte der politisch Angeklagten und Gefangenen zeigen, dass die bürgerliche Klassenjustiz grosse Angst hat vor Niederlagen, wie sie sie bereits vor den Schranken ihrer Gerichte erlitten hat, dass sie die Solidarität der fortschrittlichen Menschen mit allen politischen Gefangenen fürchtet.

Dass der Rote Morgen nicht an Dieter Kunzelmann ausgeliefert wurde, zeigt: Der Rote Morgen ist in diesem Kampf eine scharfe Waffe!

SOFORTIGE AUSLIEFERUNG DES ROTEN MORGEN AN DIETER KUNZELMANN!

WEITER IM KAMPF FÜR DIE FREIHEIT ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN!

SOLIDARITATSADRESSE AN DEN GENOSSEN ULI KRANZUSCH VOM MARBURGER ARBEITER GESANGSVEREIN

Lieber Genosse!

Im Kampf gegen den Besuch des Faschisten Thieu hast Du in vorderster Front gestanden und gezeigt, auf welcher Seite das westdeutsche Volk steht, nämlich auf der Seite des um seine Freiheit kämpfenden vietnamesischen Volkes.

Der rote Antikriegstag in München, die Rathausbesetzung in Bonn zeigen ganz klar: Nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse ist in der Offensive!

So sind auch die Terrorurteile gegen die Genossen Schmidt und Baron vom roten Antikriegstag und Deine Einkerkerung ein Zeichen der Schwäche des westdeutschen Imperialismus.

Der Marburger-Arbeiter-Gesangsverein schickt Dir solidarische Grüsse. Eines unserer revolutionären Lieder, das wir immer wieder singen, zeigt den einzig richtigen Weg im antiimperialistischen Kampf:

Kommunisten verbindes konkret
Ho-Chi-mins Worte zeigen den Weg
Vietnam-Deutschland Hand in Hand
Klassenkampf im eigenen Land.

Rot Front

Diese Solidaritätsadresse wird an das Zentralorgan der KPD/ML, ROTER MORGEN und an das Zentralorgan der KPD, ROTE FAHNE, geschickt.

Ab sofort ist die Redaktion des ROTEN MORGEN auch telefonisch zu erreichen:

Telefon : 22 82 59
Vorwahl Essen : 02141

Bitte gebt uns zu allen aktuellen Ereignissen immer gleich telefonische Berichte durch. Dadurch können wir wir unsere Arbeit weiter verbessern.